



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



**RÜCKBLICK
UND AUSBLICK**

Das war 2018 – so wird 2019

Inhalt

Meldungen	2 – 4
Die Seite für das Ehrenamt	5
Das war 2018 – so wird 2019	6 – 11
Die Zitate des Jahres 2018	6
„Jugend im Landtag“:	
Wünsche für 2019	8
Der Landeshaushalt 2019	10
Statistik des Landtages für 2018 /	
Ausschusstermine 2019	11
Ausschüsse	12–13
Fotografieren in Zeiten des	
Datenschutzes	12
Zustände in Kinderheimen und	
Kliniken / Entlastung für Heilberufe	13
Im Zentrum:	14 – 15
Der 9. November in der deutschen	
Geschichte	
Plenarberichte	16 – 17
Elektrowaffen für die Polizei /	
Kita-Portal wird Pflicht	16
Reichsbürger / das Land als Ausbilder	17
Soziales: Bürger- und Demokratiepreis,	
30 Jahre Bürgerbeauftragte	18
Minderheiten: Nordschleswig-Gremium	
in Kopenhagen, Friesengremium in	
Flensburg	19
Nahost: Ältestenrat besucht Israel und	
die Palästinensischen Gebiete	20
Personalien	22
Leichte Sprache: Neue Wahl-	
Informationen sind ein Erfolg	23
Im Rückblick: Wie die Stiftung	
Naturschutz entstand	24
Bücherecke, Impressum	25
Im Porträt: Anette Röttger (CDU),	
Lasse Petersdotter (Grüne)	26
Ins Bild gerückt: zu Besuch	
im Landeshaus	27
Termine, Termine, Termine	28

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zum Jahreswechsel blicken wir zurück und voraus. Wir haben die bemerkenswertesten Zitate aus den Plenarsitzungen des Jahres 2018 gesammelt, und die Dokumentare des Landtages haben mitgezählt, wie viele Gesetze, Anträge, Wortmeldungen und Sitzungen es im abgelaufenen Jahr gab.

Den Blick voraus wagen die Teilnehmer von „Jugend im Landtag“. Sie haben „Wunschzettel“ geschrieben und formuliert, was sie sich vom Jahr 2019 erhoffen. Es sind politische Ziele, aber auch sehr persönliche Erwartungen. Den Rahmen für die politische Gestaltung bildet der Landeshaushalt. Wir schlüsseln die Zahlen für 2019 auf.

Im Herbst wurde im Landtag an das Ende des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren erinnert - und an die besondere Rolle des 9. November in der deutschen Geschichte. Ende November brach der Ältestenrat dann zu einer einwöchigen Reise nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete auf. Auch darüber berichtet diese Ausgabe ausführlich.

Frohe Feiertage und alles Gute für das neue Jahr wünscht

Ihre Redaktion

AfD-Fraktion schließt Doris von Sayn- Wittgenstein aus

Die AfD-Fraktion hat Anfang Dezember die Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein ausgeschlossen. Grund: Sie hat 2014 im Internet für den Verein „Gedächtnisstätte“ geworben, der vom Thüringischen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird. „Öffentliche Sympathie- und Unterstützungsbekundungen für einen Verein, dessen Mitglieder den Holocaust leugnen oder relativieren“, seien mit den Grundpositionen der Fraktion nicht vereinbar, erklärte deren Vorsitzender Jörg Nobis. Der Beschluss sei „mit der erforderlichen Drei-Viertel-Mehrheit“ gefallen. Sayn-Wittgenstein ist Landesvorsitzende der AfD. Ihr Verhältnis zu den übrigen vier Abgeordneten der Partei galt schon vorher als gestört. Die anderen Fraktionen bezeichneten den Schritt als überfällig, mahn-



Doris von Sayn-Wittgenstein saß in der Dezember-Tagung erstmals auf einem Einzelplatz im Plenarsaal.

ten zudem aber eine konsequentere Distanzierung der AfD-Fraktion vom Rechtsradikalismus an. Damit gehört dem Landtag zum ersten Mal seit 20 Jahren wieder eine fraktionslose Abgeordnete an. Zuletzt hatte sich eine Grünen-Politikerin im März 1999 mit ihrer Fraktion überworfen. Der Petitionsausschuss, dessen Vorsitzende Sayn-Wittgenstein war, wählte sie Mitte Dezember von diesem Posten ab. Sie wird dem Ausschuss künftig nicht mehr angehören. AfD-Vertreter in diesem Gremium ist nun Frank Brodehl. Einen neuen Vorsitzenden wird der Petitionsausschuss voraussichtlich im Januar wählen. Der Posten wird von der CDU besetzt, nachdem die AfD auf den Vorsitz verzichtet hat. Die schleswig-holsteinische Fraktion ist die neunte von 16 AfD-Vertretungen in deutschen Landesparlamenten, die sich gespalten hat.



Teilerfolg für Fracking-Initiative

Der Gesetzentwurf der Volksinitiative für ein Fracking-Verbot in Schleswig-Holstein wird seit Mitte Dezember im Landtag beraten. Das Plenum überwies das Papier an die Ausschüsse für Innen und Recht, Umwelt und Agrar sowie Petitionen.

Allerdings befasst sich das Parlament nur mit einem Teil der Vorlage. Der Landtag erachtet zwar einige Forderungen für zulässig, allerdings nicht die Kernforderung nach einem generellen Fracking-Verbot im Land durch eine Änderung des Wassergesetzes. Dieser Einschätzung folgte das gesamte Parlament außer der SPD. Die Sozialdemokraten halten die Volksinitiative insgesamt für zulässig.

Die Mehrheit der Abgeordneten ist jedoch der Auffassung, dass ein Komplettverbot in die Kompetenz des Bundes falle. Andere Teile der Initiative, etwa die Offenlegung von Förderplänen, sind nach Auffassung von Jamaika, AfD und SSW aber zulässig. Diese Punkte muss das Parlament nun bis Frühjahr 2019 beraten.

Die Organisatoren hatten Ende Mai 42.185 Unterschriften an den Landtag übergeben. Davon waren nach der Zählung im Innenministerium 28.970 gültig. Die Initiatoren sind gegen die Teil-Ablehnung vor das Landesverfassungsgericht gezogen.

Wind-Initiative: Schleswig setzt Verfahren aus

Das Landesverfassungsgericht in Schleswig hat ein Verfahren über die Zulässigkeit einer windkraftkritischen Volksinitiative vorläufig ausgesetzt. Das Gericht wolle zunächst eine ebenfalls anstehende Entscheidung des Verwaltungsgerichts abwarten, weil diese für seine eigene Entscheidung von Bedeutung sein könne, hieß es Anfang November.

Der Landtag hatte im April abgelehnt, die Volksinitiative „Für die Durchsetzung des Bürgerwillens bei der Regionalplanung Wind“ zu behandeln. Daraufhin rief die Volksinitiative sowohl das Verfassungsgericht als auch das Verwaltungsgericht an, letzteres, weil die Ablehnung auch damit begründet wurde, dass die erforderlichen 20.000 Unterschriften nicht erreicht worden seien. Die Volksinitiative beantragte eine Nachzählung, weil es aus ihrer Sicht Auszählungsfehler gab. Der Landtag war zu dem Ergebnis gekommen, dass 322 Unterschriften fehlten. Die Initiative will erreichen, dass die Landesplanung keine Windparkflächen in Orten ausweist, wo es dazu ablehnende Voten des Gemeinderates oder entsprechende Bürgerentscheide gibt.

PUA befragt im Januar erste Zeugen

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufklärung der sogenannten Rocker-Affäre will am Montag, den 14. Januar, mit der Beweisaufnahme beginnen. Erste Zeugen sollen zwei Ermittler sein, die schwere Vorwürfe gegen Vorgesetzte erhoben haben. Im Raum stehen Aktenmanipulation, Unterdrückung von Beweismitteln und Mobbing. Hintergrund des Ausschusses sind Ermittlungen gegen Rocker. Ausgangspunkt war eine Messerstecherei in einem Schnellrestaurant in Neumünster im Jahr 2010. Damals hatten Mitglieder der „Bandidos“ Rocker der „Red Devils“ angegriffen und zwei Männer schwer verletzt. Die beiden Polizeibeamten geben an, Vorgesetzte hätten sie bei den Ermittlungen zu dem Fall behindert, um einen V-Mann im Rocker-Milieu zu schützen.

Ursprünglich war die erste Zeugenbefragung bereits für den Dezember angesetzt. Der PUA sagte sie jedoch kurzfristig ab. Grund: Die Abgeordneten hielten die Aussagegenehmigung des Innenministeriums für die beiden Polizisten für zu stark eingeschränkt.

EU-Mittel für den Grenzraum - auch nach dem Brexit

Der Landtag und der europäische Ausschuss der Regionen (AdR) fordern, die EU-Fördermittel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch nach 2020 zu erhalten. Dies müsse insbesondere für das INTERREG-Programm gelten, das im deutsch-dänischen Grenzraum eine wichtige Rolle spielt. INTERREG mache „in herausragender Weise den europäischen Mehrwert deutlich“, heißt es in einem einstimmigen Parlamentsbeschluss aus dem Dezember. Der AdR, die Vertretung von Kommunen und Regionen bei der EU, hatte sich zuvor für eine Anhebung der INTERREG-Mittel ausgesprochen. Hintergrund: Die EU-Kommission droht mit Kürzungen, weil nach dem bevorstehenden Austritt Großbritanniens weniger Geld in die Brüsseler Kassen fließt.

Wortwörtlich



„Wir verabschieden den Haushalt 2019 mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Auch in den nächsten Jahren wird uns die HSH Nordbank als Sonderbelastung begleiten. Aber ich sage auch, dass wir Schleswig-Holsteiner als die glücklichsten Deutschen immer mit einem lachenden Auge unterwegs sind und uns so schnell nichts unterbuttert.“

(Ole-Christopher Plambeck, CDU)



„Jamaika gibt Geld aus – mit vollen Händen, ohne Rücksicht auf Verluste. Wir finden nur, dass Sie es nicht für die richtigen, die wirklich wichtigen Dinge ausgeben. Bei den Menschen in Schleswig-Holstein kommt zu wenig von diesem Segen an.“

(Beate Raudies, SPD)



„Wir denken Finanzpolitik nicht nur in Beton und Schuldenabbau. Wir Grüne wollen eine intakte soziale Infrastruktur sowie ökologische und finanzpolitische Nachhaltigkeit. Das bedeutet auch, dass wir weiter mehr Geld in Bildung investieren wollen.“

(Rasmus Andresen, Grüne)



„Der vorliegende Haushalt eröffnet den Menschen in unserem Land neue Chancen. Er verbessert die Rahmenbedingungen für eine starke Wirtschaft und für neue Innovationen. Er trägt die Handschrift aller drei Koalitionspartner und das, ohne finanzielles Harakiri einzugehen.“

(Annabell Krämer, FDP)



„Die Landesregierung hat den Ernst der Lage noch nicht begriffen. Es gibt Mehrausgaben auf breiter Front, vor allem für die jeweiligen Prestigeprojekte. Sie nehmen einen kräftigen Schluck aus der Pulle, die Ihnen gar nicht gehört. Aber die Probleme der nächsten Jahre stehen vor der Tür schon Schlange.“

(Jörg Nobis, AfD)



„Natürlich erwarten wir nicht, dass die regierungstragenden Fraktionen alle unsere Vorschläge übernehmen, aber doch zumindest einige. Dass dies heute auch passiert, ist ein gutes Zeichen für die Demokratie. In unserer heutigen Zeit von Egoismen und Extremismen ist es ein wichtiges Zeichen, dass wir über Parteigrenzen hinweg in der Lage sind, Kompromisse zu bilden.“

(Lars Harms, SSW)



Aus der Debatte über den Landeshaushalt 2019 am 12. Dezember. Mehr Zitate auf den Seiten 6 und 7, mehr zum Haushalt auf Seite 10.



Bronze-Gorillas trotzen Herbst und Winter

Eine gute Nachricht für „Seh-Leute“: Die zehn Gorilla-Skulpturen vor dem Landtag bleiben auch in der kalten Jahreszeit stehen.

Rechts und links vom Haupteingang des Landeshauses „wachen“ sie bereits seit Juli und sind Hingucker und Fotomotiv. Ursprünglich sollten die von dem chinesischen Künstler Liu Ruowang erschaffenen Riesenaffen Ende September zu ihrer 24-köpfigen Familie in die Büdelsdorfer NordArt zurückkehren, von wo sie an den Landtag ausgeliehen sind. Ende Oktober teilte Landtagspräsident Klaus Schlie jedoch mit: „Wir lassen die Skulpturen noch stehen, weil die Begeisterung der Leute offensichtlich ist und anhält.“ Außerdem hätten mehrere Fraktionen geäußert, „dass sie die Affen gerne mit Schnee auf den Schultern sehen würden“, so Schlie. Ein „Abreise-Datum“ gebe es also noch nicht.

Antidiskriminierungsstelle begrüßt „Kirchenklausel“-Urteil

Kirchliche Arbeitgeber dürfen bei Stellenausschreibungen nicht pauschal auf eine bestimmte Religionszugehörigkeit bestehen. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) Ende Oktober entschieden. Die Antidiskriminierungsbeauftragte Samiah El Samadoni begrüßt das Urteil und fordert die Politik zum Handeln auf.

Zwar dürften die Kirchen auf eine passende Konfession pochen, wenn diese zur Ausübung des Berufes nötig ist - etwa bei Priestern. „Einem muslimischen oder atheistischen Gärtner ist jedoch nur schwer zu vermitteln, warum für seine Arbeit in einem kirchlichen Kindergarten die Mitgliedschaft in der Kirche zwingende Einstellungs voraussetzung sein soll“, hob El Samadoni hervor. Die BAG-Entscheidung zeige, „dass der Gesetzgeber endlich tätig werden muss“.

Konkret müsse die sogenannte Kirchenklausel im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz so gefasst werden, dass sie nur für den sogenannten verkündungsnahen Bereich gelte. El Samadoni fordert den Landtag daher erneut auf, sich auf Bundesebene für eine Gesetzesänderung einzusetzen. Eine entsprechende Initiative hatte der Landtag bereits im September 2016 auf Empfehlung der Antidiskriminierungsstelle beschlossen.

„Jugend im Landtag“: ÖPNV, Mindestlohn, Minijobs

Die „Jugend im Landtag“ fordert bessere finanzielle Rahmenbedingungen für die junge Generation. So sollen Schüler, Azubis und Freiwilligendienstler einen ermäßigten Fahrpreis bei Bus und Bahn zahlen. Der gesetzliche Mindestlohn soll nicht erst ab 18, sondern bereits ab 16 Jahren gelten. Kinder aus ärmeren Familien sollen bis zu 450 Euro pro Monat dazuverdienen können, ohne dass dies auf den Hartz-IV-Satz der Eltern angerechnet wird. Die Obergrenze für Minijobs von derzeit 450 Euro wollen die Nachwuchspolitiker anheben.

Bereits zum 32. Mal trafen sich Ende November rund 90 junge Leute aus ganz Schleswig-Holstein für ein Wochenende im Landeshaus, um gemeinsam ihre Anregungen an die „große“ Politik zu formulieren. Die Vorschläge der 16- bis 21-Jährigen werden nun den Landtagsfraktionen, der Landesregierung sowie den schleswig-holsteinischen Bundestags- und EU-Abgeordneten zugeleitet. Deren Stellungnahmen bilden die Grundlage für eine Abschlussdiskussion im kommenden März. **Mehr zu „Jugend im Landtag“ auf den Seiten 8 und 9.**

Hase fordert barrierefreies Bauen

Neu gebaute und nachgerüstete Wohnungen müssen grundsätzlich barrierefrei sein. Das fordert der Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Ulrich Hase. Er verweist auf ein gemeinsames Papier aller Behindertenbeauftragten des Bundes und der Länder. Die Beauftragten haben bei ihrem Treffen Mitte November in Hamburg eine Erklärung formuliert, in der sie sich für „uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbaren Wohnraum“ stark machen. Bei den Bauvorschriften dürfe die Barrierefreiheit „nicht einer vermeintlichen Kostensenkung geopfert werden“. Behindertengerechtes Bauen „von Anfang an“ spare „mittel- und langfristig enorme Ausgaben“, denn in einer alternenden Gesellschaft werde der Bedarf an barrierefreien Unterkünften in den kommenden Jahrzehnten steigen.

Hintergrund der Forderung: Der Bund hat im September ein Fünf-Milliarden-Euro-Programm für den sozialen Wohnungsbau angeschoben. Länder und Kommunen sollen weitere Mittel beisteuern.

Landtagswahl: Alle Einsprüche abgewiesen

Das Landesverfassungsgericht hat die Gültigkeit der Landtagswahl vom 7. Mai 2017 endgültig bestätigt. Wie das Gericht Anfang November in Schleswig mitteilte, wurde die letzte Wahlprüfungsbeschwerde einstimmig zurückgewiesen. Ein Wahlberechtigter hatte sie eingereicht. Nach seiner Auffassung sind mehrere Wahlrechtsvorschriften verfassungswidrig. Dem folgte das Verfassungsgericht jedoch nicht. Es hat mit seiner Entscheidung seine bisherige Rechtsprechung zur Verfassungsmäßigkeit der Fünf-Prozent-Sperrklausel bestätigt. Nach der Landtagswahl hatten insgesamt acht Wahlberechtigte gegen die Gültigkeit der Wahl Einspruch erhoben. Der Landtag hatte die Einwände bereits im Frühjahr 2018 zurückgewiesen.

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Grundsteuer: Der Landtag hat Mitte Dezember eine zügige Reform der Grundsteuer angemahnt. Die Einnahmen der Kommunen sollen dabei langfristig gesichert werden. Jamaika, SPD und SSW riefen die Landesregierung auf, sich in Berlin für eine Neuregelung einzusetzen, die auch künftig das jährliche Steueraufkommen von bundesweit 14 Milliarden Euro sichert. Die AfD hatte die Debatte angestoßen. Sie schlug vor, die Berechnung der Steuersätze künftig an die Grundstücksgrößen zu koppeln. Eine Wertermittlung für jedes einzelne Grundstück, etwa in Bezug auf den durchschnittlichen aktuellen Verkaufspreis, sei zu zeitaufwendig und zu kostenintensiv, argumentierte die AfD.

Auslöser der Diskussion ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2018. Karlsruhe hat die bisherige Berechnungsgrundlage der Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt und den Gesetzgeber verpflichtet, diese bis Ende 2019 zu überarbeiten. Die Grundsteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequellen von Städten und Gemeinden. Derzeit wird sie im Westen nach dem Einheitswert des Jahres 1964 und im Osten nach dem Einheitswert des Jahres 1935 ermittelt. Die Hebesätze schwanken von Bundesland zu Bundesland zwischen 340 und 900 Prozent. Dies verstöße gegen den Gleichheitsgrundsatz, so Karlsruhe in der Urteilsbegründung.

Den Finanzämtern und Kommunen hat das Verfassungsgericht eine Übergangsfrist eingeräumt. Bis Ende 2024 darf die Grundsteuer noch nach den alten Grundstückswerten erhoben werden.

Schülerbeförderung: Bei den Schulbuskosten bleibt im Lande alles beim Alten. Jamaika und AfD lehnten im November einen SSW-Gesetzesvorstoß zur Neuregelung der Schülerbeförderung ab. Die SPD enthielt sich. Der SSW wollte festschreiben, dass Eltern grundsätzlich mit finanzieller

Unterstützung durch die öffentliche Hand rechnen können – unabhängig davon, wie weit der Weg ihres Kindes zur Schule ist. Damit sollte das Recht auf freie Schulwahl gestärkt werden. Jeder Schüler müsse in der Lage sein, die Wunsch-Schule zu besuchen, ungeachtet der finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses und auch unabhängig von Verwaltungsgrenzen, hieß es bei der Ersten Lesung im Dezember 2017. Redner der Koalition wiesen hingegen darauf hin, dass die Schülerbeförderung Aufgabe der Kommunen sei.

Hintergrund: Nach der aktuellen Rechtslage brauchen die Kreise eine Kostenerstattung für die Schülerbeförderung nur dann zu bewilligen, wenn ein Kind die vom Wohnort nächstgelegene Schule besucht.

Jagdsteuer: Die Kreise haben weiterhin die Möglichkeit, ihre Jäger zu besteuern. Die AfD scheiterte im November mit dem Vorstoß, die Jagdsteuer im Lande grundsätzlich abzuschaffen. Die Einnahmen aus der Steuer stehen nach Auffassung der AfD in keinem vernünftigen Verhältnis zum Verwaltungsaufwand. Alle anderen Fraktionen wiesen hingegen darauf hin, dass es sich um eine „Kann-Steuer“ handle. Es stehe den Kreisen frei, sie zu erheben oder auch nicht.

Fehmarnbeltquerung: Die Landesregierung will die verwaltungspolitischen Weichen für die geplante Beltquerung stellen. Um ein Zuständigkeitsgerangel, etwa im Bereich der Rettungsdienste, der Polizei und der Ordnungsbehörden zu vermeiden, sollen die Bezirke der Landesbehörden, des Kreises Ostholsteins, der Stadt Fehmarn sowie sonstiger Träger der öffentlichen Verwaltung so erweitert werden, dass sie sich auf den Bereich des Baugebietes erstrecken. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf hat das Plenum im November an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Konkret geht es vor allem um den Brandschutz und die Frage, ob eine Berufsfeuerwehr auf Fehmarn errichtet werden muss. Denn: Die vom Tunnelbetreiber Femern A/S geplante Schnelleingreiftruppe ist laut Empfehlung der International Fire Academy auf die Unterstützung der öffentlichen Feuerwehren der Stadt Fehmarn angewiesen. Da die Freiwillige Feuerwehr Fehmarn diese Unterstützung im vorgesehenen Umfang aber nicht leisten könne, seien hauptamtliche Einsatzkräfte für den Tunnel bis zur Staatsgrenze erforderlich, heißt es aus dem Wirtschaftsministerium. Das Land werde dafür sorgen, dass die Stadt Fehmarn von zusätzlichen Kosten verschont bleibe, heißt es weiter.

Verkehrsprojekte: 2019 bekommt Schleswig-Holstein vom Bund letztmals Geld aus dem sogenannten Entflechtungsgesetz von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen überwiesen: 43,25 Millionen Euro. Die Summe wird wie in den vergangenen zwölf Jahren über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz des Landes an die Kommunen fließen, die dann in die Verkehrsinfrastruktur und den Öffentlichen Personennahverkehr investieren können. Damit Gemeinden auch in Zukunft diesen Aufgaben nachkommen können, hat die Landesregierung nun ein Kompensationsgesetz auf dem Weg gebracht, das vom Landtag im November an die Ausschüsse für Wirtschaft, Innen und Recht sowie Finanzen überwiesen wurde. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass die Kommunen 2020 wiederum 43,24 Millionen Euro erhalten. Ab 2021 soll die Summe dann jeweils um zwei Prozent pro Jahr steigen.

Von Spontanvegetation, Leberpastete, Flugsimulatoren und Wilhelm Busch

Zitate des Jahres 2018

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, hätte die Koalition ein Wappentier, es wäre eine Schnecke, denn besser kann man die phänomenale Geschwindigkeit nicht beschreiben, mit der Sie das hier machen.“

Ralf Stegner, SPD, am 27. April

„Die Rede des Oppositionsführers stammte so ein bisschen aus der Abteilung, faktenfrei und Spaß dabei.“

Christopher Vogt, FDP, am 27. September

„Spontanvegetation hinter nicht lebender Einfriedung‘, das ist Unkraut hinterm Zaun. Schön fand ich auch: ‚Dreiseitenkipper‘ für eine Schubkarre. ‚Raumübergreifendes Großgrün‘ könnte ein Baum sein, und eine ‚forstwirtschaftliche Nutzfläche mit Wildtierbestand‘ ist schlicht ein Wald mit Tieren.“

Claus Christian Claussen, CDU, am 7. November über Behördensprache

„Kennen Sie auch noch das Lied der Neuen Deutschen Welle von Markus: ‚Ich geb‘ Gas, ich will Spaß?‘ Ja, das war eine Generation, in der Bußgeldbescheide wegen Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit, jedenfalls bei und im Freundeskreis, scherzhaft ‚Tickets‘ genannt wurden. Sie wurden mehr als Trophäen gehandelt denn als Mahnung zur Wachsamkeit“

Andreas Tietze, Grüne

„Herr Dr. Tietze, der von Ihnen benannte Song löst auch bei mir schmunzelnde Erinnerungen aus. Ich beziehe mich dabei aber eher auf den Benzinpreis. Der sieht heute deutlich anders aus.“

Claus Schaffer, AfD, am 25. Januar. Im Liedtext heißt es: „Und kost‘ Benzin auch drei Mark zehn/scheißegal, es wird schon geh'n.“

„Besonders die Sportberichterstattung ist der AfD ein Dorn im Auge. Eines verrate ich Ihnen schon vorab - nehmen Sie es als gut gemeinten Tipp -: Wenn Sie den Deutschen den Fußball nehmen wollen, dann bringen sie das Volk wirklich gegen sich auf. (...) Tagesschau24, der pure Informationssender, wäre damit in Gefahr wie andere auch. Und nicht zuletzt KIKA, womit Sie nicht nur quengelnde Kinder, sondern vor allen Dingen deren entgeisterter Eltern wirklich auf der Türschwelle hätten, wenn Sie das wirklich durchsetzen.“

Lars Harms, SSW, am 27. September über eine von der AfD geforderte Neuausrichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks



Christopher Vogt (FDP)

„Flugsimulator New York-Hamburg in Echtzeit. Nach vier Stunden kamen Turbulenzen. Das war mein E-Sport.“

Jörg Hansen, FDP, am 6. September



Claus Schaffer (AfD)

„Dann kommt einer von DB Netz und erklärt einem: Nee, die Entwässerungsgrabensanierungsarbeiten haben wir erst für 2021 eingeplant. Da fragt man: Geht ihr davon aus, dass es bis dahin nicht mehr regnet, oder was?“

Verkehrsminister Bernd Buchholz, FDP, am 15. Juni

„Abschließend möchte ich mich ausdrücklich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie sich so intensiv und konstruktiv mit dieser doch eher trockenen Materie befasst haben.“ *Umweltminister Jan Philipp Albrecht, Grüne*

„Es geht um Fische!“ *Serpil Midyatli, SPD*

„Das ist absolut richtig. Ich nehme das mit der trockenen Materie zurück.“ *Minister Albrecht, in der Debatte zum Landesfischereigesetz am 26. September*

„Was hört man so? E-Sport sei doch gar kein Sport. Das sei irgendetwas Ominöses, was Jugendliche unter Kopfhörern sitzend in abgedunkelten Räumen treiben, dabei eine geordnete und gesunde Nahrungsaufnahme verweigern und sonst auch nur wenig bis gar nicht mehr ansprechbar sind - zumindest für die Eltern.“

Kai Dolgner, SPD, am 6. September

„Sie haben bei allem, was Sie von Lübeck aufgezählt haben, vergessen, dass es dort Marzipan gibt. Dafür haben wir in Steinburg Matjes. Das ist viel gesünder.“

Hans-Jörn Arp, CDU, in einer Debatte über den Lübecker Nahverkehr am 23. März



Hans-Jörn Arp (CDU)

Wenn ich aber in der Diskussion höre, dass Staatssekretär Ferlemann sagt, für eine Ausweichstrecke von 400 Metern brauche man locker und flockig vier Jahre, dann gehört ihm politisch wirklich ein bisschen an den Ohren gezogen.“

Lars Harms, SSW, am 4. Juli über den Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Enak Ferlemann

„Bei einem Verstoß im Wiederholungsfalle hätten Sie dreimal die Datenschutzgrundverordnung abschreiben müssen - und zwar handschriftlich -, damit Sie die Rechtslage endlich einmal kapieren!“

Burkhard Peters, Grüne, am 14. Juni an die Adresse der SPD

„Zunächst weise ich zurück, Herr Staatssekretär Geerds könne irgendwann einmal genervt sein. Er geht morgens mit Freude zur Arbeit, und bei jeder Anfrage von Parlamentariern, die ihn erreicht, steigt seine gute Laune beständig.“

Ministerpräsident Daniel Günther, CDU, am 5. September über Innenstaatssekretär Torsten Geerds

„Auch ich möchte mich ganz herzlich bei den Erzieherinnen und Erziehern bedanken. Ich selbst habe zehn Jahre Kita-Erfahrung hinter mir. Nicht ich war zehn Jahre in der Kita, sondern ich habe zehn Jahre Kita-Erfahrung als Mama.“

Serpil Midyatli, SPD, am 25. April

„Ich möchte erste einmal klären, was Herr Tietze im Kopf hat ...“ *Vizepräsident Rasmus Andresen*

„Das dauert zu lange, dafür haben wir keine Zeit!“ *Volker Schnurrbusch, AfD*

„Ich meine, wie er sich den weiteren Verlauf der Sitzung vorstellt.“ nach einem Beitrag des Grünen-Abgeordneten Andreas Tietze am 23. März



Serpil Midyatli (SPD)

„Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist bereits abgelaufen!“ *Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber*

„Zum Glück ist nur meine Redezeit abgelaufen.“ *Kay Richert, FDP, am 24. Januar*

Meine Fraktion ist ganz klar für die Beitragsfreiheit und für kostenfreies Lernen von der Wiege bis zur Bahre – oder kurz davor!

Eka von Kalben, Grüne, am 27. September



Eka von Kalben (Grüne)

„Dass ein Teil der Probleme in unserem Land eben auch darauf beruht, dass mit der Entscheidung der Noch-Kanzlerin Angelika Merkel... Claus Schaffer, AfD „Angela Merkel!“ (Lars Harms, SSW) „Angela, Entschuldigung. Das ist der Name meiner Schwägerin.“ (am 5. Juli)

„Herr Hölck, als ich Ihren Antrag zum ersten Mal las, musste ich spontan an Wilhelm Busch und Witwe Bolte denken. Sie kennen sicherlich den Auszug: ‚Eben ging mit einem Teller/Witwe Bolte in den Keller,/Dass sie von dem Sauerkohle/Eine Portion sich hole,/Wofür sie besonders schwärmt,/Wenn er wieder aufgewärmt.‘ Genau wie Witwe Bolte ist die SPD wieder in den Keller gegangen. Ich meine jetzt nicht den Umfragekeller, sondern den Keller mit der großen Kiste, in der Ihre Forderungen drin sind, die Sie selbst in Ihrer Regierungszeit nicht durchgesetzt haben.“

Oliver Kumbartzky, FDP, am 21. März

„Ein Problem mit der Lebensmittelverschwendung haben wir dann, wenn das Mindesthaltbarkeitsdatum im Privathaushalt wie ein Verfallsdatum behandelt wird. Ich zumindest kenne das, denn ich weiß, wie meine dänische Leberpastete immer sehr schnell verschwindet.“

Flemming Meyer, SSW, am 6. September



Flemming Meyer (SSW)

„Die Geschichte kennen wir schon seit 252 Jahren. Ich habe eine Berliner Großmutter, daher weiß ich das. So alt ist nämlich die im Berliner Volksmund gebräuchliche Redewendung ‚Dazu hat Buchholz kein Geld‘. Das geht zurück auf den Hofetats- und Rentmeister Buchholz, der von 1706 bis 1793 gelebt hat und es zum Ärger vom König Friedrich II. nicht geschafft hat, die schadhaft gewordenen Brücken in Berlin instand zu setzen. Nun sind die Brücken von damals die A 20 von heute, und, Herr Ministerpräsident, ich will Sie nicht vergleichen mit Friedrich dem Großen, aber Sie sehen daran, dass die Malaise schon bei den Vorfahren Ihres Wirtschaftsministers begonnen hat.“

Verkehrsminister Bernd Buchholz, FDP, am 27. September

Was erhoffen sich junge Menschen im neuen Jahr? Wir haben die Teilnehmer von „Jugend im Landtag“ gefragt. Auf den (teilweise anonymen) „Wunschzetteln“ finden sich konkrete politische Ziele, ein Bedürfnis nach Frieden und Stabilität und auch sehr persönliche Gedanken.

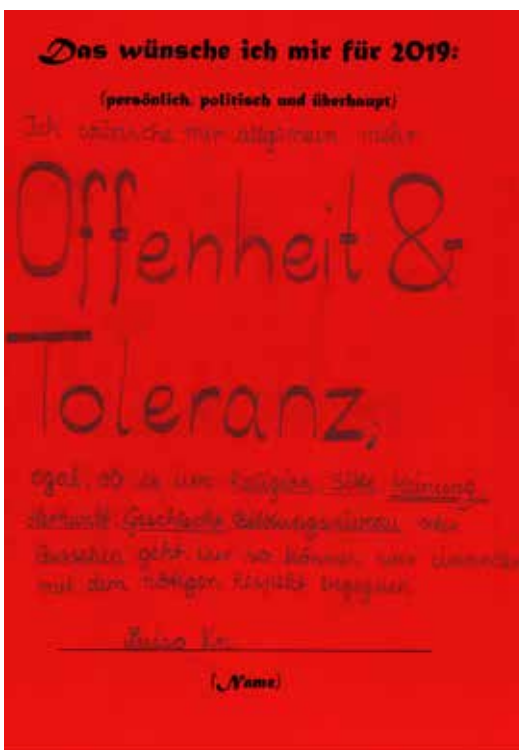


„Frieden, Freundschaft, Führerschein“: Wünsche für 2019!

„Einen Einser-Schnitt im Abi, Gesundheit für meine Familie, keine Demokratieverächter.“
(Glenn Toni)

„Ich wünsche mir eine stabile Regierung im Bund und eine/n gute/n Nachfolger/in für Angela Merkel. Und ich möchte einen Studienplatz finden, um mich weiterzubilden.“
(Florian)

„Viel weniger Autos auf den Straßen! Autos (bzw. ihre Abgase) machen die Menschen krank! Und die Umwelt auch!“
(Ulrika)



„Weiterhin guter Studienstart, viele freundschaftliche Beziehungen, Förderung transnationaler Ideen, stärkere Jugendinteressenvertretung, mehr thematische und weniger Personalpolitik.“
(Punky)

„Ich wünsche mir, dass sich der Staat 2019 wieder zum Sozialstaat wandelt (am liebsten mit einer linken Regierung). Weltfrieden wäre aber auch schön.“
(Anonymus)

„Neuwahlen und Rot-Rot-Grün auf Bundesebene!“
(Nemo)

„Höher, weiter, schneller - Wachstum in jeder Hinsicht!“
(XY)

„Persönlich wünsche ich mir, dass ich endlich aufhören kann, Menschen nachzutrauern, die ich verloren habe, dass ich endlich glücklich werden kann, und überhaupt wünsche ich mir, dass 2019 alles besser wird als 2018.“
(Lou)

„Einigkeit innerhalb der Menschheit!“
(Kanzler)

„Eine Regierung, die sich nicht als Aufpasser der Menschen aufführt, sondern den Einzelnen stark macht und ihm das maximale Maß an Freiheit gewährt.“
(Leon)

„Meinen Führerschein bestehen. Gute Noten.“
(Samantha)

„Ich hoffe, dass ich erfahren werde, was ich will. Dass ich meinen Weg ebnen kann, um möglicherweise ein gutes Abitur und somit die Chance auf ein Stipendium erhalten kann. Ich wünsche mir, dass Gleichberechtigung, Nachhaltigkeit, Umwelt, Menschlichkeit und viele weitere Aspekte wie Tierschutz mehr Zustimmung und mehr Anerkennung erfahren.“
(Isabel K.)

„Der HSV soll aufsteigen.“
(Jannis)

„Mein Abitur machen, mein Studium anfangen, Liebe finden.“
(Unbekannter Autor)

„Ein ehrliches und vor allem friedliches Miteinander der Menschen im Lande, in Europa und in der Welt.“
(Inkognito)

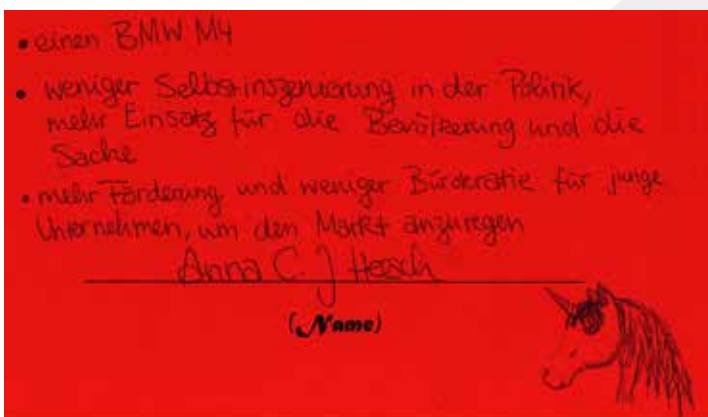
„Sofortiger Stopp des Klimawandels, Weltfrieden, atomare Abrüstung, viel Geld.“
(N.N.)

„Für das Jahr 2019 wünsche ich mir eine Reform des Lehrplans an Schulen, denn es werden Themen behandelt, deren Relevanz im späteren Leben für mich nicht erkennbar ist. Des Weiteren wünsche ich mir, dass im Unterricht relevante Beispiele für das jeweilige Unterrichtsthema verwendet werden, da so ein Verständnis bei den Schülern geweckt wird.“

(Alexander)

„Ich wünsche mir, meinen besten Freund trotz weiter Distanz oft zu sehen und ihn niemals zu verlieren! Ich möchte mehr Zeit mit meiner Großmutter verbringen, da mir der plötzliche Tod eines Freundes gezeigt hat: Man weiß nie, wie lange man noch miteinander hat.“

(Till Max)



„Soziale Gerechtigkeit.“

(Leonard)

„Die politische Bildung und die rationale Form des politischen Diskurses sollen zunehmen.“

(Felix)

„Ende der GroKo, Neuwahlen, politische Veränderungen, Wiederwahl in den Kreisjugendbeirat.“

(???)

„Persönlich: Weiterhin Glück in der Liebe. Politisch: Mehr Demokratie wagen. Auf Landes- und Kommunalebene mehr direkte Demokratie.“

(Ich)

„Ich wünsche mir in Schleswig-Holstein endlich den verpflichtenden WiPo-Unterricht ab der 7. Klasse!“

(Ötzi)

„Dass wir uns inhaltlich mehr in Richtung der bürgerlichen Mitte bewegen. Dass die Zusammenarbeit in der GroKo besser funktioniert und die Leistung in der Bevölkerung mehr honoriert wird.“

(ohne Namen)

„Wieder an ‚Jugend im Landtag‘ teilnehmen. Die Bildung von Kinder- und Jugendvertretungen im Kreis Plön.“

(Elisa)

„Gesundheit, Frieden, bessere und konkretere Flüchtlingspolitik. WiPo-Unterricht an Schulen, #WiPoandieMacht.“

(Tamara)

„Abitur schaffen, FSJ in der Politik beginnen, einen neuen Lebensabschnitt beginnen, einer Partei beitreten.“

(Namenlos)

„Ein allgegenwärtiges Umweltbewusstsein. Das Konzept der Menschlichkeit in den Köpfen zu verankern, um Leiden zu mindern. Das nationalistische Denken der Mehrheit zu minimieren.“

(Gizmo)

„Ich würde mich freuen, wenn die Dämonisierung Putins und vor allem Russlands endet. Außerdem sollte man Donald Trump nicht auf Grundlage seiner Form des wirtschaftlichen Protektionismus verurteilen, denn die EU bedient sich seit Jahren desselben Protektionismus gegenüber asiatischen Ländern.“

(David)

„Ich wünsche mir, dass die Kinder- und Jugendbeiräte endlich ernst genommen und unterstützt werden. Der WiPo-Unterricht ab der 7. Klasse ist ein großes und wichtiges Thema. Es sollte endlich mal ernst genommen und eingeführt werden!“

(Leonie)

„Ich wünsche mir eine Steigerung des Demokratiebewusstseins in unserer Gesellschaft, weil auch unsere Demokratie nicht selbstverständlich ist.“

(Gunnar)

„Persönlich: Gesundheit, Freundschaft und Freiheit für alle. Politisch: mehr Förderung für Personen mit persönlichen Herausforderungen (z.B. Dyskalkulie, Legasthenie, Konzentrationsschwäche, körperliche Herausforderungen).
Überhaupt: Weltfrieden und Beendigung der Hungersnot.“

(Larissa)

„Mehr Möglichkeiten zur politischen Teilhabe, eine gute, gesunde und friedliche Zukunft. In diesem Sinne: Alles Gute!“

(Maksym aus Lübeck)

Haushalt 2019 im Fokus: Zwischen „Visionen“ und „Stillstand“

Rund 13 Milliarden Euro kann die Landesregierung im Jahr 2019 ausgeben. Der Landtag beschloss Mitte Dezember den Haushalt für das kommende Jahr mit den Stimmen von CDU, Grünen, FDP und SSW. Gegen das Zahlenwerk votierten SPD, AfD und die fraktionslose Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein. Es ist der zweite Haushalt der Jamaika-Koalition seit deren Start im Frühjahr 2017. Die Ausgaben steigen auf ein Rekordniveau, allerdings nimmt das Land auch neue Schulden in erheblichem Maße auf. Grund sind die Altlasten der HSH Nordbank.

Die Ausgaben des Landes steigen im kommenden Jahr um 5,2 Prozent auf den Rekordbetrag von rund 12,6 Milliarden Euro. Hinzu kommen Altverpflichtungen für die HSH in Höhe von 450 Millionen Euro, so dass der Etat ein Volumen von insgesamt 13,1 Milliarden Euro hat. Die Investitionsquote beträgt 10,5 Prozent - der höchste Wert seit 2011. Die Einnahmen steigen um 4,6 Prozent.

Trotz der gestiegenen Einnahmen und niedriger Zinsen plant Jamaika mit einer Neuverschuldung von etwa 350 Millionen Euro. Die Koalition begründet dies mit den Sonderlasten aus dem Verkauf der HSH an eine internationale Investorengruppe. Das Land hat beträchtliche Altschulden der Bank



übernommen. Der Schuldenberg des Landes wird 2019 auf rund 29 Milliarden Euro wachsen. Die Versorgungszahlungen für Beamte steigen bis 2026 voraussichtlich von 1,2 auf 1,7 Milliarden Euro.

Der Haushalt enthalte zentrale Weichenstellungen für die Zukunft des Landes, betonten die Redner der Koalition in der fünfständigen Debatte. Es werde mehr Geld für Schulen, Kitas und Hochschulen ausgegeben, und der Sanierungstau bei Straßen und Krankenhäusern werde endlich abgebaut. Zudem habe jeder der drei Jamaika-Partner eigene Schwerpunkte setzen können: Die CDU verwies auf Investitionen in die innere Sicherheit, die FDP auf den Bereich Wirtschaft und die Grünen auf den „Bildungsbonus“ für Schulen an sozialen Brennpunkten.

Gegenentwürfe der Opposition

Angesichts der aktuell hohen Steuereinnahmen sei die Jamaika-Bilanz bescheiden, hieß es dagegen aus der Opposition. Es werde keine Vorsorge für schlechtere Zeiten getroffen. Stattdessen erfülle sich jeder Koalitionspartner seine Wunschprojekte. Die Oppositionsfraktionen legten eigene Änderungsanträge vor, die aber größtenteils abgewiesen wurden.

Die SPD forderte mehr Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Wohnen, Personal, Soziales, Kita und beim Uni-Klinikum UKSH. Die Sozialdemokraten regten eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft an und wollten die Besoldung der Grundschullehrer bereits zum Schuljahr 2019/2020 von A12 auf A13 anheben. Die Landesregierung plant dies stufenweise bis 2025/26. Zugleich wollte die SPD mehr Schulden tilgen als Jamaika.

Die AfD forderte weniger Ausgaben für Flüchtlinge und mehr Geld für die Bereiche Bildung und Soziales. So sollten die Mittel für Sprach- und Integrationskurse nach Willen der AfD auf einen „Minimalbedarf“ gekürzt oder komplett auf null gesetzt werden, ebenso wie die Migrationsberatung oder die Arbeitsmarktintegration. Aufstocken wollte die AfD die Gelder für die Begabtenförderung und für den Schulsport. Einige der Vorschläge des SSW stießen bei Jamaika auf offene Ohren, etwa die finanzielle Besserstellung von Tierheimen. Deswegen stimmte der SSW dem Jamaika-Haushalt insgesamt zu.

Mehr Stimmen zum Haushalt auf Seite 3.



Ministerpräsident Daniel Günther (CDU, li.) betonte, der Haushalt setze „klare Prioritäten“ bei Bildung, Digitalisierung und dem Abbau des Sanierungstaus. „Wir haben Ideen und Visionen, die wir mit kühlem Kopf verfolgen“, so Günther. SPD-Oppositionsführer Ralf Stegner (re.) war wenig beeindruckt und warf der Koalition „Selbstlob“ und „Stillstand“ vor. Drängende Probleme wie Wohnungsnot, hohe Kita-Gebühren oder das niedrige Weihnachtsgeld für Beamte gehe Jamaika nicht an. Günther hielt der SPD im Gegenzug vor, „das Blaue vom Himmel“ zu versprechen. Mehr Weihnachtsgeld und die Kostenlos-Krippe zu fordern, sei „unglauwbüdig“.

Politik in Zahlen: das Landtagsjahr 2018

Die Dokumentare des Landtages haben zum Jahresende wieder zusammengezählt, wie viele Sitzungen, Wortbeiträge und Gesetzentwürfe es gab – und noch einiges mehr.

Tagungen: In 24 Landtagssitzungen wurden 563 Drucksachen behandelt und sechs Aktuelle Stunden abgehalten. Die Landesregierung gab zwei Regierungserklärungen ab. Zudem kamen die Ausschüsse 138 Mal zusammen und holten 52 Unterrichtungen durch die Landesregierung ein. Fachleute und Betroffene kamen in zwölf öffentlichen Anhörungen zu Wort. Grundlage der Ausschussberatungen waren 1.212 Schriftstücke, sogenannte Umdrucke.

Reden: Die Mitglieder der dreiköpfigen SSW-Vertretung waren erneut am häufigsten am Rednerpult: Lars Harms (88 Wortbeiträge) und Flemming Meyer (61) führen die Liste an, gefolgt von Frank Brodehl, mit 55 Wortmeldungen fleißigster Redner der AfD-Fraktion. Häufigster FDP-Redner war Dennys Bornhöft (37). Bei SPD (Ralf Stegner, 38), CDU (Tobias Koch, 19) und Grünen (Eka von Kalben, 34) führen die



Fraktionsvorsitzenden. Für die Regierung lieferte Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) die meisten Beiträge (36).

Fragen: Das Nachhaken bei der Landesregierung ist traditionelle Domäne der Opposition. 205 der 214 Kleinen Anfragen kamen aus ihren Reihen. Die SPD wandte sich 113 Mal an die Ministerien, die AfD 54 Mal und der SSW 38 Mal. Die Jamaika-Fraktionen fragten neun Mal bei den Ministerien nach: die Grünen fünf Mal, die FDP drei Mal und die CDU ein Mal. SPD und Grüne stellten zudem jeweils eine Anfrage mit umfangreichen Fragenkatalogen.

Beratungen: 45 Gesetzentwürfe brachten Regierung und Fraktionen in den Landtag ein. Der Großteil stammte wie in den Vorjahren von der Landesregierung (25). Der SSW legte acht Gesetzestexte vor, die AfD fünf, die SPD vier, und die Jamaika-Partner kamen auf vier gemeinsame Initiativen. Hinzu kommen zwei Gesetzesentwürfe von Volksinitiativen. Das Parlament behandelte zudem 244 Anträge, die häufig gemeinsam eingereicht wurden. Jamaika war gemeinsam an 104 Papieren beteiligt, die SPD an 99, der SSW an 47 und die AfD an 37.

(Stichtag: 25. November)

75 Sitzungen bis zum Sommer

Die Ausschüsse des Landtages haben im ersten Halbjahr 2019 Hochbetrieb. Viele Sitzungen sind öffentlich. Tagesordnungen und eventuelle Terminänderungen stehen im Internet: www.sh-landtag.de, Rubrik „Ausschüsse“.

Innen- u. Rechtsausschuss: 16. und 30. Januar, 20. Februar, 13. März, 3. und 24. April, 8. Mai, 5. und 12. Juni – jeweils mittwochs um 14:00 Uhr.

Finanzausschuss: 10., 17. und 31. Januar, 7., 21. und 28. Februar, 21. März, 25. April, 2. und 9. Mai, 6. Juni – jeweils donnerstags um 10:00 Uhr.

Bildungsausschuss: 17. und 31. Januar, 21. Februar, 21. März, 9. Mai, 13. Juni – jeweils donnerstags um 14:00 Uhr.

Sozialausschuss: 10. Januar, 7. und 28. Februar, 14. März (auswärtige Sitzung), 25. April, 6. Juni – jeweils donnerstags um 14:00 Uhr.

Umwelt- und Agrarausschuss: 9. Januar, 19. - 21. Januar (Besuch der Grünen Woche in Berlin), 6. Februar, 13. März, 8. Mai, 5. Juni – Sitzungen im Landeshaus jeweils mittwochs um 14:00 Uhr.

Wirtschaftsausschuss: 16. Januar, 6. und 27. Februar, 20. März, 8. Mai, 12. Juni – jeweils mittwochs um 10:00 Uhr.

Europausschuss: 9. und 30. Januar, 20. Februar, 13. März, 24. April, 5. Juni – jeweils mittwochs um 10:00 Uhr.

Petitionsausschuss: 15. und 29. Januar, 12. und 26. Februar, 12. und 26. März, 2. und 30. April, 14. Mai, 4. und 18. Juni – jeweils dienstags um 10:00 Uhr (die Sitzungen sind in der Regel nicht öffentlich, da persönliche Anliegen von Bürgern beraten werden).

Ausschuss für die Zusammenarbeit von Schleswig-Holstein und Hamburg: 18. Januar, 26. April – jeweils freitags. Der Ausschuss tagt abwechselnd in den beiden Ländern.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zum Thema Rocker-Kriminalität/Landespolizei: 14. und 28. Januar, 4., 18. und 25. Februar, 11. und 18. März, 1. und 29. April, 6. und 27. Mai, 3. und 24. Juni – jeweils montags um 11:00 Uhr (die Sitzungen sind teilweise nicht öffentlich).

Fotografieren in Zeiten des Datenschutzes

Innen- und Rechtsausschuss nimmt neue EU-Verordnung unter die Lupe

Wann und wen darf man fotografieren? Diese Frage treibt viele Menschen um, seit die Europäische Union im Mai 2018 die Datenschutzregeln verschärft hat. Die neue Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) schreibt vor, dass „die betroffene Person ihre Einwilligung zur Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten“ geben muss. Was bedeutet das für Hobby-Knipser und für Berufsfotografen, wenn sie in der Straße oder auf der grünen Wiese auf den Auslöser drücken – und es laufen Menschen durchs Bild? Darüber hat sich der Innen- und Rechtsausschuss Mitte November mit Fachleuten ausgetauscht, nachdem die SPD die Debatte im Sommer angestoßen hatte.

Fünf Erkenntnisse:

1.) Keine Gefahr fürs Familienalbum

Es handele sich um ein „heiß diskutiertes Thema“, bemerkt Schleswig-Holsteins Datenschutzbeauftragte Marit Hansen. Bei ihrer Behörde seien „ganz viele Nachfragen“ eingegangen. Die Datenschützerin stellt in vielen Fällen eine „Überreaktion“ fest, denn: „So viel hat sich nicht geändert.“ Das private Bilderalbum und die heimische Festplatte bleiben weitgehend unberührt, betont Hansen. Im Urlaub oder bei der Einschulung der Kinder dürfe man die Kamera nach wie vor einsetzen – solange die Bilder privat bleiben und nicht etwa auf Facebook oder Instagram auftauchen.

2.) Die Presse hat Befürchtungen

Es herrschten „Unsicherheit und Handlungsbedarf“, unterstreicht Bettina Neitzel, Landesgeschäftsführerin des Deutschen Journalistenverbandes (DJV). Der SPD-Abgeordnet Stefan Weber hatte bereits im Juni gewarnt: Es bestehe „ein großes Risiko, sich durch das Fotografieren von Straßenszenen, Sehenswürdigkeiten oder Volksfesten, auf denen Personen erkennbar abgelichtet wurden, Unterlassungs- und Schadensersatzansprüchen auszusetzen“. Der DJV pocht auf „Rechtssicherheit für das Fotografieren in der Öffentlichkeit“ und das „Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit“. Für die Medien wird es besonders heikel, wenn Kinder im Bild sind oder wenn die Presse über ein Gerichtsverfahren berichtet. Bei diesen Fällen setzt die DSGVO besonders hohe Hürden.

3.) Manche Fotografen geben auf

Für Berufsfotografen sei die Lage ebenfalls schwierig, berichtet David Seiler. Der

Rechtsanwalt vertritt den Berufsverband Freie Fotografen und Filmgestalter. Er moniert „Auswüchse wie das Fotografierverbot bei Einschulungen oder das Schwärzen von Gesichtern bei Aufnahmen von Kindergartengruppen“. Unter diesen Vorsichtsmaßnahmen leide seine Branche, so Seiler: „Fotografen verlieren Aufträge oder sie wissen nicht, wen sie ablichten dürfen, wenn sie für eine Veranstaltung gebucht werden.“ Mehr noch: „Einige Fotografen haben ihre Webseiten geschlossen, andere gar den Beruf aufgegeben“.

4.) Berlin könnte Klarheit schaffen

Wie könnte die Lösung aussehen? Die DSGVO enthält eine Öffnungsklausel, die es den EU-Mitgliedsstaaten erlaubt, eigene Regelungen für Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Wissenschaft und Kunst zu treffen. Der Bund macht davon bislang jedoch keinen Gebrauch.

Berlin sei der Auffassung, dass das mehr als 100 Jahre alte Kunsturhebergesetz ausreiche, stellt Haimo Schack fest, Professor für Europäisches Recht an der Uni Kiel. Das Gesetz aus dem Jahr 1907 ist nach seiner Überzeugung jedoch nicht mehr geeignet, um in der heutigen Zeit die „Kommunikationsfreiheit“ und die „Freiheit des öffentlichen Raums“ zu gewährleisten. Schack ruft die Landtagsabgeordneten auf, über den Bundesrat Druck zu machen und auf eine moderne Bestimmung für ganz Deutschland zu drängen. Auch Stephan Holowaty (FDP) sieht den Bund „in der Pflicht, die bestehenden Verunsicherungen durch die DSGVO aufzulösen“.

5.) Auch die Länder haben Möglichkeiten

Lars Harms (SSW) schlägt einen anderen Weg vor: „Wenn der Bund nicht in die Hufe kommt“, sei auch eine landesrechtliche Regelung möglich – zumal Kultur und Presse in die Hoheit der Länder fielen. Dieser Schritt hätte allerdings eine weitreichende Folge, wie die Fachleute betonen: Es gäbe dann womöglich in den Bundesländern 16 unterschiedliche Foto-Gesetze – und das sei für die Internetauftritte von Medien oder Bildanbietern höchst unpraktisch.



Wann darf ich auf den Auslöser drücken? Viele Hobbyfotografen, aber auch Profis, sind unsicher.

Opfer berichten von Schlägen und Elektroschocks

Missbrauch in Heimen und Kliniken

Tausende Menschen wurden in deutschen Kinderheimen, psychiatrischen Kliniken und Behinderteneinrichtungen in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg misshandelt – unter staatlicher und kirchlicher Obhut. Im Norden geschah dies beispielsweise in Schleswig und Glückstadt. Das Schicksal der Opfer blieb lange unbeachtet. Ende November boten Sozialausschuss und Sozialministerium den Betroffenen ein Forum, um einer breiten Öffentlichkeit von ihren Erfahrungen zu berichten und um Forderungen an Politik und Gesellschaft zu formulieren.

Sieben ehemalige Heimkinder und Patienten ergriffen im Plenarsaal das Wort, und ihre Schilderungen schockieren. Sie berichteten von sexuellen Übergriffen, von Faustschlägen ins Gesicht und Tritten in den Magen durch Pfleger und Jugendamtsmitarbeiter, von Elektroschocks, vom Untertauchen in eiskaltes oder kochend heißes Wasser, von Fesselungen, von Isolation im „Besinnungsstübchen“, von verschimmeltem Essen. Einige Kinder überlebten die Misshandlungen nicht. Medikamente, etwa hochdosierte Beruhigungsmittel, seien gewaltsam verabreicht worden, als Test für die Pharma-Industrie.

Bund, Länder und die großen Kirchen haben Anfang 2017 die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ gegründet. Betroffene können bis zu 9.000 Euro Entschädigung beantragen. Weitere 5.000 Euro können gezahlt werden, wenn Heimbewohner arbeiten mussten, ohne dass dafür Rentenbeiträge entrichtet wurden. Ansprechpartner in Schleswig-Holstein ist das Landesamt für soziale Dienste in Neumünster. Die Stiftung stieß bei mehreren

Geschädigten auf Kritik: Es sei entwürdigend, dass komplizierte Formulare ausgefüllt und Zeugen benannt werden müssten. Zudem sei die Antragsfrist zu kurz. Betroffene müssten sich bis Ende 2019 melden, sonst verfallt ihr Anspruch. Dieser Termin müsse um drei Jahre verlängert werden, so eine Forderung. Auch sei die Entschädigungssumme

eine „Verhöhnung“ der Opfer, die „ein zerstörtes Leben“ führen müssten. Der Staat, die Kirchen und die Pharma-Konzerne kämen billig davon und müssten keine tiefgreifenden Konsequenzen fürchten.

Sozialminister Heiner Garg (FDP) kündigte die wissenschaftliche Aufarbeitung der Medikamentenversuche in Schleswig-Holstein an. Eine Studie der Uni Lübeck soll 2020 vorliegen. „Wir können durch die öffentliche Aufarbeitung dazu beitragen, dass Betroffene Gehör und Wertschätzung finden“, so Garg. Werner Kalinka, Vorsitzender des Sozialausschusses, wandte sich an die Opfer: „Diese Tagung wird nicht das Ende der Beratungen sein, sondern ein weiterer Anstoß, nach Wegen für mehr Gerechtigkeit zu suchen.“



Rund 150 Betroffene, Gäste und Abgeordnete aus allen Fraktionen sowie zahlreiche Medienvertreter kamen in den Plenarsaal. „Wir hören zu und signalisieren: Ihre Sorgen sind bei uns angekommen“, so der Ausschussvorsitzende Werner Kalinka.

Heilberufe: Schulgeld fällt weg

Angehende Therapeuten müssen in Schleswig-Holstein ab 1. Januar 2019 kein Schulgeld mehr zahlen.

Der Landtag hat die Entlastung, von der beispielsweise Ergotherapeuten, Physiotherapeuten und Logopäden profitieren, Mitte Dezember beschlossen. Zuvor hatte der Sozialausschuss 16 Verbände und Institutionen aus der Gesundheitsbranche zu einer Anhörung geladen und sich sechs Stunden lang mit deren Anliegen auseinandergesetzt. Die Kernkritik: Das bisherige Schulgeld von bis zu 450 Euro pro Monat schreckte Interessenten ab. Gleichzeitig gebe es vielerorts eine Unterversorgung mit geschulten Therapeuten.

Die „Qualität der Argumente“ habe die Politik bewegt, rasch zu handeln, betont der Ausschussvorsitzende Werner Kalinka. Mit der Schulgeldfreiheit werde deutlich,

„wie sehr wir die Arbeit der Berufe schätzen“ – und auch, „dass Anhörungen und Stellungnahmen ernst genommen werden“.



Während der Sozialausschuss tagte, demonstrierten rund 500 angehende Therapeuten vor dem Landeshaus.

Vom „Kampfstreik“ zur „abgebrochenen Revolution“

Prof. Herfried Münkler zum 9. November 1918

Beim Festakt von Landtag und Landesregierung zum 9. November hat der Berliner Politikwissenschaftler Prof. Herfried Münkler (Foto) vor einer oberflächlichen Idealisierung der Revolution 1918 gewarnt.

„Die Revolution war eher das Ergebnis eines eklatanten Versagens der alten Eliten als das eines gezielten und strategischen Agierens der Revolutionäre“, so Münkler. Hunger, Enttäuschung und die „Durchhaltepolitik“ der Militärs hätten den „Kampfstreik“ der Matrosen angefangen, unterstrich der Lehrstuhlinhaber für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität. Allerdings hätten die Seesoldaten „ohne Agenda“ dagestanden, nachdem ihre Hauptziele erreicht waren: der Sturz des Kaisers und das Ende des Krieges. Diese „Ziellosigkeit“ habe dazu geführt, dass Teile der Bevölkerung und des Militärs sich trotz des verlorenen Krieges nicht besiegt fühlten. Viele schlossen sich der „Dolchstoßlegende“ an, der Lüge vom „unbesiegteten“ Heer, das hinterrücks erstochen worden sei. Die propagandistische Umdeutung historischer Verläufe habe die weitere deutsche Geschichte im gesamten 20. Jahrhundert beeinflusst.



Mehrheit im Landtag würdigt Kieler Matrosen

Der Matrosenaufstand von 1918 war nach Überzeugung der Landtagsmehrheit ein Meilenstein auf dem Weg zur Demokratie. Nur die AfD sah das anders.

Der Widerstand tausender Seeleute gegen ihre Offiziere sei „Teil des historischen Fundaments unserer heutigen Bundesrepublik“, heißt es in einem gemeinsamen Antrag von SPD, Jamaika und SSW. „Zahlreiche demokratische und soziale Errungenschaften, die bis heute nachwirken“, hätten ihren Ursprung im Herbst 1918. Er habe „allerhöchsten Respekt“, so SPD-Fraktionschef Ralf Stegner, vor dem „beispielhaften Mut“ der Matrosen und ihrem „Kampf für eine bessere und freiere Gesellschaft“. So gingen Rede- und Pressefreiheit und das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen auf den Aufstand 1918 zurück.

Deswegen ruft der Landtag die Regierung auf, die Wanderausstellung des Landes zum Matrosenaufstand zu erhalten.



Kiel, November 1918: Die Besatzung des Minenräumbootes „Cladow“ posiert mit roter Fahne. Das Foto ist am rechten unteren Rand beschädigt.

Der neue SPD-Regierungschef Friedrich Ebert „brach die Revolution ab“, bemerkte Münkler. Um sich gegen die radikale Linke durchzusetzen, habe sich die SPD von den Freikorps abhängig gemacht, Gruppen aus ehemaligen Frontkämpfern, „die vom Krieg noch nicht genug hatten“. Man habe „die Konterrevolution gerufen, und man konnte sie nicht kontrollieren“. Dieser „Todeskeim“ der Weimarer Republik sei in der Weltwirtschaftskrise 1929 aufgegangen - bis hin zum Absturz in die Nazi-Diktatur, in den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust.

Jüdische Kulturarbeit wird gestärkt

Die beiden jüdischen Landesverbände in Schleswig-Holstein erhalten mehr Geld. Der jährliche Zuschuss für die religiösen und kulturellen Angelegenheiten steigt von 500.000 auf 800.000 Euro. Das Parlament billigte Anfang November einstimmig den Vertrag mit den jüdischen Verbänden. Das Abkommen bringt eine Gleichbehandlung mit den beiden christlichen Kirchen. Das Land verpflichtet sich auch, zu prüfen, ob jüdischer Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in Schleswig-Holstein angeboten werden kann. Im Norden leben aktuell etwa 3.000 Juden. Davon sind rund 1.800 Mitglieder einer jüdischen Gemeinde.

Für Landtagspräsident Klaus Schlie trägt „die Politik eine besondere Verantwortung dafür, dass das jüdische Leben noch stärker wird“. Es sei ein wichtiges Signal gewesen, sich zum 9. November zu dieser Verantwortung zu bekennen. An diesem Tag im Jahr 1938 brannten in ganz Deutschland Synagogen, und Nationalsozialisten ermordeten mehr als 1.000 Juden. Die Reichspogromnacht war ein Startpunkt des systematischen Völkermords an den europäischen Juden.

Aus Sicht von Frank Brodehl (AfD) war das Kriegsende hingegen „längst besiegelt“, und die Abdankung des Kaisers „hatte mit den Kieler Matrosenaufständen kaum etwas zu tun“. Zudem sei die Demokratisierung des Reiches bereits mit den Reformen von Anfang Oktober 1918 eingeleitet worden. Die Matrosen seien gewalttätig gewesen und hätten die Sowjet-Diktatur zum Vorbild gehabt.

„Kunst soll das kritische Denken wecken“

Der Maler Uwe Appold im Gespräch

100 Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs hat der Flensburger Künstler Uwe Appold im Herbst seinen Bilderzyklus über die Schlacht von Verdun im Landtag ausgestellt. Die Kämpfe um die französische Festung im Jahr 1916 gelten als Inbegriff des brutalen Stellungskrieges an der Westfront. Mit der Landtagszeitschrift sprach der 76-Jährige über sein Werk und über das Spannungsverhältnis von Kunst und Politik.

Herr Appold, Sie haben im Jahr 2012 auf den Schlachtfeldern bei Verdun gegraben und die Erde für Ihre Bilder verwendet. Was ist so besonders an diesem Boden?

Ich habe mir dort Erde geholt, um die Bilder so authentisch wie möglich zu gestalten. Die Erde ist natürlich nicht diejenige von 1914 oder 1918. Es geht um die Frage: Wie ist diese Erde konnotiert? Wenn ich beispielsweise mit Erde aus dem Konzentrationslager Neuengamme arbeite, dann ist das etwas anderes, als wenn ich sie von der Kieler Förde hole. Bei Verdun war ich auch in der „Zone Rouge“, der roten Zone. Dort ist das Betreten verboten, sogar heute noch. In diesem Gebiet liegen immer noch Gasgranaten, und es gibt nur Krüppelvegetation.

Was haben Sie gefunden?

Ich habe nach einem kurzen Stoßgebet meinen Klappspaten in die Erde gestochen und beispielsweise Stacheldraht, Stahl und Teile von Dachziegeln gefunden, die ich in den Bildern verwendet habe. Beim Dorf Fleury, eines von neun Dörfern, die komplett zerstört wurden, sind Granattrichter zu sehen, in denen die Balken der Dächer stecken wie bei einem Riesen-Mikado.

Ein zentraler Teil ihres Bilderzyklus ist das Fort de Douaumont...

Dort lag das Zentrum der Schlacht um Verdun. Am 21. Februar 1916 begann der Beschuss des Forts, aus einem Langgeschütz, einem Marinekaliber 38 Zentimeter, aus 27 Kilometer Entfernung. Die Deutschen hatten das Fort bereits nach vier Tagen erobert, weil dort nur 60 französische Soldaten drin saßen. Die Franzosen hatten schon längst einen Großteil ihrer Truppen und die schweren Waffen abgezogen. Strategisch war der Angriff also völlig sinnlos. Es ging beim Fort de Douaumont nur ums Prestige. Die gesamte Schlacht dauerte ungefähr bis zum 16. Dezember, die Historiker streiten um das genaue Datum. Entscheidend ist, dass in dieser Zeit 700.000 Männer

getötet, verletzt oder vermisst wurden.

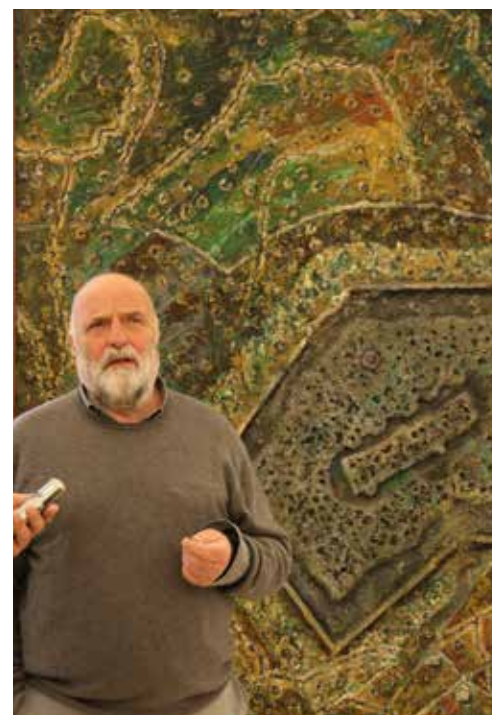
Inwieweit kann Kunst den Schrecken des Krieges abbilden? Die schieren Zahlen, etwa die 17 Millionen Toten des Ersten Weltkriegs, sind für den Verstand ja kaum zu fassen. Stößt auch die Kunst an Grenzen?

Ja. Ich habe zum Beispiel einmal einen großen Zyklus gemalt zur „Göttlichen Komödie“ von Dante. Dante hat ja schon Anfang des 14. Jahrhunderts das vorweg genommen, was im Ersten Weltkrieg oder in den Konzentrationslagern des Zweiten Weltkriegs passiert ist. Das hat mich schon sehr gebeutelt. Ich habe auch über die Schlacht an den Düppeler Schanzen im Jahr 1864 oder über den Korea-Krieg in den 1950er-Jahren gearbeitet. Die Grenzen sind erreicht, wenn die Gegenwart die Vergangenheit überholt. Und das spüre ich im Moment so. Ich stoße an Verständnisgrenzen, wenn ich mir vor Augen führe, dass die Schrecken des Gaskriegs zwar seit dem Ersten Weltkrieg allgemein bekannt sind – und dass Gas dennoch heute in Syrien oder Afghanistan eingesetzt wird. Dazu kann ich nichts mehr sagen, ich bin sprachlos. Da frage ich mich: Was haben wir gelernt? Wollen wir überhaupt lernen?

Künstler haben seit Jahrhunderten den Krieg thematisiert, aber es wird nach wie vor Krieg geführt. War also alles vergebliche Liebesmüh?

Liebesmüh ist nie vergeblich. Ich arbeite sehr viel mit jungen Leuten und versuche, bei ihnen kritisches Denken zu wecken. Oft sind die ganz überrascht, was in der Politik gemacht wird. Diesen Anstoß als Künstler mit der Kunst als Vehikel zu transportieren, ist mir wichtig. Ich habe als Jugendlicher noch das dröhnende Schweigen meiner Lehrer erlebt zu Fragen des Zweiten Weltkriegs und dessen Folgen.

Interview: Karsten Blaas



Uwe Appold vor dem mittleren Bild seines fünfteiligen Zyklus: einem Blick auf das Fort de Douaumont aus 400 Meter Höhe, wie es 1916 aussah. Festung und Landschaft zeigen bereits deutliche Spuren des Dauerbeschusses mit Granaten. Die Bilderserie beginnt im Jahr 1914 mit einem Blick aus 1.000 Metern Höhe auf eine vom Krieg noch unberührte Landschaft. Das letzte Bild, das das Jahr 1918 darstellt, dringt in den verwüsteten Boden ein und zeigt die Überreste eines Soldaten. „Mein Ziel war es, das Schicksal des Einzelnen darzustellen und zu würdigen“, sagt Uwe Appold. Nach der Ausstellung überließ der Künstler dem Landtag seine Bilder – „als Geschenk für die Menschen in Schleswig-Holstein“.

In Planung: Elektrowaffen für die Polizei

Nach mehreren Messerattacken auf Ordnungshüter in jüngster Zeit könnten Schleswig-Holsteins Polizisten bald mit neuartigen Elektroschockpistolen ausgerüstet werden. Das Innenministerium will die sogenannten Taser testen, die AfD fordert eine rasche Gesetzesänderung. Aber es gibt auch kritische Stimmen.

Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) kündigte Anfang November einen Modellversuch mit den „Distanz-Elektroimpulsgeräten“ an, allerdings zunächst nur bei polizeilichen Spezialkräften. Deren Erfahrungen müssten ausgewertet werden, „bevor wir darüber nachdenken, die gesamte Schutzpolizei auszustatten“. Die Regierung arbeite an einer „Schwachstellenanalyse“ des Polizeirechts, so Grote. Ziel sei ein Gesetzentwurf, der nicht nur den Taser, sondern auch den Schusswaffeneinsatz neu regelt. Ein Gesetzentwurf der AfD liegt bereits vor. Es sei dringend erforderlich, im Landesverwaltungsgesetz die Lücke zwischen Schlagstock und Pfefferspray auf der einen Seite sowie Schusswaffen auf der anderen Seite zu schließen, betonte der Abgeordnete und Kriminalkommissar Claus Schaffer. Der Taser sei eine „Zwischenstufe vor dem Schusswaffengebrauch als Ultima Ratio“. Tim Brockmann (CDU) sprach sich klar für die neue Waffe aus und warf die Frage auf, „warum wir in Schleswig-Holstein unseren Polizisten ein solches Einsatzmittel verweigern sollten.“ „Alles was unterhalb einer Schusswaffe liegt, sollte mindestens getestet werden“, fand auch Jörg Hansen (FDP). Allerdings sah er als Polizeibeamter praktische Probleme: „Wo sollen wir das Gerät unterbringen?“ Polizisten seien mit Pistole, Reservemagazin, Handschellen, Funkgerät und Taschenlampe ohnehin schon schwer beladen.

„Gefährlichkeit wird unterschätzt“

Er sei „misstrauisch gegenüber Schnellschüssen“, stellte Burkhard Peters (Grüne) klar. So sei in Nürnberg ein Mann nach Taser-Beschuss verstorben. Die Gefährlichkeit des Tasers werde „regelmäßig unterschätzt“. Auch Kathrin Wagner-Bockey

(SPD) sah in der Elektro-Pistole keine „menschfreundliche Wunderwaffe“. Die Kriminalkommissarin befürchtete, dass Polizisten in „extremen Stresssituationen“ künftig „eine Entscheidung mehr“ zu treffen hätten - und das „in Zehntelsekunden“. Lars Harms (SSW) mahnte zur Ruhe. Es gebe keinen Notstand, denn Deutschland sei ein friedliches Land: „Viele Polizisten kommen durch ihr Berufsleben, ohne einmal ihre Waffe gegen Menschen eingesetzt zu haben.“



Die Elektrowaffen sind nach ihrem Erfinder benannt: „Taser“ steht für „Thomas A. Swift’s Electric Rifle“ („Thomas A. Swifts elektrische Schusswaffe“). Die Pistole verschießt Drähte, die sich mit einem Widerhaken an den Angreifer heften und ihn per Elektroschock kampfunfähig machen sollen.

Hilfe bei der Kita-Suche: Internet-Portal wird Pflicht

Ein passender Kita-Platz ist oft schwer zu finden. Das Kita-Portal im Internet soll Eltern helfen, aber nicht einmal jede zweite Kita informiert dort über freie Plätze. Sozialminister Heiner Garg (FDP) will deshalb die Teilnahme zur Pflicht machen.

Das kündigte Garg im November an. Bislang sind nur etwa 800 der landesweit knapp 1.800 Einrichtungen dabei. Die Meldepflicht bringt nach Gargs Ansicht auch Vorteile

für die Kommunen bei der Ermittlung des tatsächlichen Bedarfs. Denn das Portal soll gewährleisten, dass Kinder, die in mehreren Kitas parallel angemeldet werden, nur einmal auf der Bedarfsliste erfasst werden. SPD-Fraktionsvize Serpil Midyatli unterstützte den Plan. Es sei „mega-bedauerlich“, dass sich die Kita-Datenbank bislang nicht fülle.

Die Meldepflicht ist Teil der für 2020 geplanten Kita-Reform. Dann sollen auch die Elternbeiträge landesweit einheitlich gedeckelt werden. Die CDU-Sozialpolitikerin

Katja Rathje-Hoffmann sprach von einem immensen Nachholbedarf. Kosten für einen Kitaplatz von 139 Euro in Neumünster und von 740 Euro am Hamburger Rand, das sei ungerecht. Der Sozialausschuss berät das Thema weiter. Dort wird auch ein SSW-Gesetzentwurf behandelt, der eine weitgehende Wahlfreiheit der Eltern bei der Kita-Suche zum Ziel hat – auch außerhalb des eigenen Wohnortes.

„Reichsbürger sind keine harmlosen Spinner“

Reichsbürger lehnen Grundgesetz, Behörden und Gerichte ab, wollen keine Steuern zahlen und bestreiten die Existenz der Bundesrepublik Deutschland. Mindestens 307 Angehörige dieser Szene haben die Sicherheitsorgane im Lande identifiziert. Das geht aus der Antwort des Innenministeriums auf eine Große Anfrage der Grünen hervor, die der Landtag im Dezember beriet. „Was früher als skurrile Spinnerei abgetan wurde, hat sich zu einem Problem entwickelt“, mahnte Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU).

Er sehe ein „großes Gefahrenpotential“, weil Reichsbürger eine „hohe Affinität zu Waffen“ hätten, so der Minister. Der Verfassungsschutz beobachtet die Szene systematisch seit 2015. Eine Erkenntnis: Aktuell werde kein Reichsbürger im Lande als akuter „Gefährder“ eingestuft.

Reichsbürger seien Anhänger einer „Verschwörungsideologie“, so Lasse Petersdotter (Grüne), und hätten „die Wahrheit für sich gepachtet“. Er warf der AfD vor, als „Magnet für Verschwörungstheorien“ aufzutreten und Reichbürgern eine politische Heimat zu bieten. Das wies der AfD-Abgeordnete Claus Schaffer entschieden zurück. Grundsätzlich werde das Problem übertrieben dargestellt, denn nur zwölf von 307 Reichsbürgern würden als rechtsextrem eingeschätzt und nur 20 hätten einen Waffenschein. Schaffer stellte klar: Es sei nicht akzeptabel, die Rechtsordnung und die Verfassung abzulehnen.



Ein selbst angefertigtes „Passdokument“ aus der Reichsbürgerszene. Angehörige dieser Bewegung vertreten die Auffassung, das Deutsche Reich in den Grenzen vor 1945 bestehe nach wie vor. Das Innenministerium hat vier Hauptorganisationen in Schleswig-Holstein ausgemacht. Sie nennen sich „Staatenbund Deutsches Reich“, „Amt für Menschenrechte“, „Geeinte Deutsche Völker und Stämme“ sowie „Religionsgemeinschaft heilsamer Weg“.

Reichsbürger seien „Feinde unserer Demokratie und kein verwirrten Spinner“, unterstrich Tobias von Pein (SPD). Bund und Länder könnten es sich nicht gefallen lassen, so Claus Christian Claussen (CDU), wenn das staatliche Gewaltmonopol abgelehnt werde. Und Lars Harms (SSW) rief dazu auf, das genaue Hinsehen nicht nur den Behörden zu überlassen – „da sind wir alle gefragt.“

Jan Marcus Rossa (FDP) machte eine „diffuse Unzufriedenheit mit ‚denen da oben‘“ aus. Dies gelte für Reichsbürger wie

auch für Linksextreme und Islamisten. „An allen Rändern fasern wir aus“, so Rossa. Es reiche nicht aus, nur mit Polizeimaßnahmen zu reagieren, wenn Menschen von Staat und Politik enttäuscht seien. Es müsse darum gehen, „verloren gegangenes Vertrauen in unsere Institutionen zurückzugewinnen“. Die Politik müsse Ankündigungen und Versprechen auch umsetzen.

Der Innen- und Rechtsausschuss berät das Thema weiter.

„Das Land ist ein attraktiver Arbeitgeber“

Trotz starker Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gelingt es dem Land Schleswig-Holstein, qualifizierte Nachwuchskräfte für den öffentlichen Dienst zu finden. Das betonte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) Mitte Dezember in seiner Antwort auf eine Große Anfrage der SPD. Das Land sei „ein vielfältiger und attraktiver Arbeitgeber“, so Günther. Dieses Fazit teilten auch die Abgeordneten – trotz Kritik im Detail.

Das Land habe eine erfolgreiche Kampagne gestartet, die junge Leute insbesondere über soziale Medien anspreche, berichtete Günther. Darin werden mehr als 30

Ausbildungsberufe, duale Studiengänge und Referendariate beworben. „Wir müssen noch mehr bekannt machen, welche Vorzüge das Land als Arbeitgeber hat“, unterstrich der Regierungschef. Vorteile seien Arbeitsplatzsicherheit und Familienfreundlichkeit. Eine Herausforderung seien die technischen Berufe. Hier soll der neu eingeführte Studiengang für Bauingenieure in Kiel Abhilfe schaffen.

Thomas Rother (SPD) sah trotz aller positiven Daten auch „Fehlorientierungen“. So gebe es zu wenige Menschen mit Migrationshintergrund im Landesdienst, gemessen am Anteil an der Gesamtbevölkerung. Anonymisierte

Bewerbungsverfahren könnten dazu beitragen, eine Diskriminierung von Zuwanderern zu verhindern. Zudem forderte Rother Extra-Zulagen für technische Berufe wie in anderen Bundesländern.

Mehr als 56.000 Menschen sind beim Land beschäftigt. Allein im Jahr 2018 gab es 2.104 freie Stellen für Auszubildende, Referendare und Trainees. Bis 2026 werden in der Landesverwaltung, der Polizei, in den Schulen und bei den Steuerbehörden rund 18.000 Auszubildende und Nachwuchskräfte gesucht. Der Finanzausschuss berät das Thema weiter.

Bürger- und Demokratiepreis würdigt das Ehrenamt

Fünf ehrenamtliche Initiativen haben Anfang November in Kiel den neugestalteten schleswig-holsteinischen Bürger- und Demokratiepreis gewonnen.

Das Kieler Musical-Jugendprojekt „Inge.1945“ ist der Gewinner des Bürgerpreises in der Kategorie „U27“. Die Jugendlichen der evangelischen Kirchengemeinde Michaelis aus

Kiel-Hassee brachten ein selbstgeschriebenes Stück auf die Bühne, das sich mit dem Thema Flucht nach dem Zweiten Weltkrieg und in der Gegenwart beschäftigt. Den Preis im Bereich „Alltagshelden“ bekam der Verein „Oldesloer Kaktus“. Er gibt Deutschkurse für Flüchtlinge, die noch keinen Anspruch auf Sprachkurse haben, und bietet Nachhilfe zum Bestehen der Deutsch- und Integrationsprüfung.



Erstmals vergab der Landtag zudem einen Demokratiepreis, der Personen und Institutionen würdigt, die sich in außergewöhnlicher Weise für die freiheitlich-demokratische Ordnung und das Gemeinwohl einsetzen. Der neue Preis ging an drei Pro-Europa-Initiativen: die Europa-Union Schleswig-Holstein, Pulse of Europe Kiel und Pulse of Europe Lübeck.

Der diesjährige Wettbewerb stand unter dem Motto: „Zusammenhalt in der Gesellschaft“ und verbuchte mit 128 Bewerbungen einen neuen Rekord. Neun Projekte kamen in die Endauscheidung. Landtagspräsident und Schirmherr Klaus Schlie betonte: „Die hohe Resonanz zeigt, wie wichtig es ist, das Ehrenamt zu würdigen.“ Der Bürgerpreis war 2017 auf Bundesebene eingestellt worden. Landtag und Sparkassenverband Schleswig-Holstein beschlossen jedoch, ihn fortzusetzen und stärker regional zuzuschneiden. Die Sparkassen stellten Sach- und Geldpreise im Wert von 32.500 Euro zur Verfügung.

Volle Bühne: die Preisträger des Bürger- und Demokratiepreises

30 Jahre Bürgerbeauftragte - El Samadoni warnt vor Staatsverdross

Seit Oktober 1988 gibt es in Schleswig-Holstein den Posten der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten. Zum 30. Jubiläum hat Amtsinhaberin Samiah El Samadoni Bilanz gezogen. Sie blickt auf Erfolge zurück, warnt aber zugleich vor einer wachsenden Staatsverdrossenheit.

In insgesamt 85.000 Fällen hat die beim Landtag angesiedelte Beratungsstelle in den vergangenen drei Jahrzehnten Bürgern unter die Arme gegriffen, die Probleme mit den Sozialbehörden hatten. Zentrale Ärgernisse sind Hartz IV und die gesetzliche Krankenversicherung, aber es kommen auch Beschwerden zum Wohngeld, zum Bafög, zur Jugendhilfe, zur Pflegeversicherung oder zur Rente. El Samadoni sieht die gleichbleibend hohe Zahl von mehr als 3.000 Eingaben pro Jahr als Warnsignal. Sie stelle eine „wachsende Entfremdung der Bürger vom Staat“ fest: „Das macht mir Sorgen.“ Häufig agierten Behörden unflexibel, verwendeten

eine unverständliche Juristensprache oder verschickten fehlerhafte Bescheide zulasten der Betroffenen. Das Ergebnis sei ein „Vertrauensverlust in öffentliche Institutionen“.

„Behörden dürfen nicht nur auf Kosten achten“

El Samadoni und ihr 18-köpfiges Team wollen dem entgegenwirken: durch Beratung der Betroffenen und durch klärende Gespräche mit den Ämtern. „Wir streben einvernehmliche Lösungen an und versuchen, Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden“, so El Samadoni. „Damit bewirken wir etwas für den sozialen Frieden.“

In einigen Fällen sei es sogar gelungen, über den Einzelfall hinaus grundsätzliche Erleichterungen zu erreichen. So habe der Einsatz der Bürgerbeauftragten dazu geführt, dass Land und Kommunen im Jahr 2016 mehr Geld für die Schulbegleitung von Kindern mit Behinderung bereitgestellt hätten.

Für die Zukunft hat die Bürgerbeauftragte konkrete Wünsche an Politik und Verwaltung: Die bürgernahe Sprache müsse ein zentraler Teil der Verwaltungsbildung werden. Behörden müssten ihre Gestaltungsspielräume nutzen und Sozialausgaben nicht als Kosten, sondern als Investition in die Gesellschaft betrachten. Und: Deutschland brauche einen Bundes-Bürgerbeauftragten. Denn die Bundesrepublik sei neben Italien das einzige EU-Land, in dem diese Einrichtung auf nationaler Ebene fehle.



Die Bürgerbeauftragte Samiah El Samadoni, hier mit ihrem aktuellen Tätigkeitsbericht, ist seit 2014 im Amt. Neben der Sozial-Beratung leitet sie die Antidiskriminierungsstelle, ist Ansprechpartnerin für jugendliche Heimbewohner und fungiert als Polizeibeauftragte. Außerdem ist sie Teil der Besuchskommission für psychisch kranke Straftäter in den forensischen Kliniken Schleswig und Neustadt. Ihre Amtszeit läuft bis 2020.

Nordschleswig-Gremium berät über Minderheitsmuseum und Ortsschilder

Anlässlich des Grenzjubiläums im Jahr 2020 wird die Kulturarbeit der deutschen Minderheit in Dänemark kräftig unterstützt. Das wurde bei der Sitzung des Nordschleswig-Gremiums Mitte November in Kopenhagen deutlich. So stehen Millionenzuschüsse vom Bund, vom Land und von der dänischen Seite für ein Minderheitsmuseum in Sonderburg bereit.

Im Landeshaushalt für 2019 sind 150.000 Euro für das Museumsprojekt am Nordufer der Flensburger Förde eingestellt. Die gleiche Summe ist für 2020 vorgesehen. Dänemark hat fünf Millionen Kronen zugesagt (etwa 670.000 Euro). Berlin steuert eine Million Euro bei. Mit den Geldern sollen der Bau und die Ausstellung bezuschusst werden. Es ist geplant, dass das Gebäude bereits im Feiertag 2020 steht.

Die dänische Regierung verfolgt zudem das Ziel, die Minderheitenpolitik im Grenzraum als UNESCO-Weltkulturerbe auszuzeichnen. Vor diesem Hintergrund machte sich die dänische Kulturministerin Mette Bock gegenüber der Delegation aus Kiel dafür stark, die Ortsschilder in Nordschleswig zweisprachig zu gestalten – so wie es südlich der Grenze vielerorts der Fall ist. Dann stünde beispielsweise unter dem dänischen „Aabenraa“ auch das deutsche „Apenrade“ am Ortseingang.



Treffen in Kopenhagen (vorne v. li.): der Folketing-Abgeordnete Hans Christian Schmidt; Hinrich Jürgensen, Hauptvorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger; Folketing-Präsidentin Pia Kjærsgaard; Landtagspräsident Klaus Schlie; der deutsche Botschafter in Dänemark, Andreas Meitzner. Hinten: die Parlamentsdirektoren Carsten U. Larsen (Folketing) und Utz Schliesky (Landtag).

Eine zweisprachige Beschilderung würde die Wertigkeit der Minderheiten betonen, waren die Gesprächsteilnehmer überzeugt. Der Landtag unterstützt den UNESCO-Plan.

Bisherige Versuche, in Nordschleswig mehrsprachige Schilder einzuführen, waren an der dänischen Kommunalpolitik und an Protesten in der Bevölkerung gescheitert. Und auch südlich der Grenze machen noch nicht alle Kommunen von dieser Möglichkeit Gebrauch, wie Landtagspräsident Klaus Schlie anmerkte.

Das Nordschleswig-Gremium traf sich in Kopenhagen mit Abgeordneten des Folketing sowie mit Vertretern der dänischen

Regierung und der deutschen Botschaft. Hintergrund war das Grenzjubiläum im Jahr 2020 – genau 100 Jahre nach den Volksabstimmungen, in denen der Grenzverlauf festgelegt wurde. Seitdem gibt es Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze. Die deutsche Minderheit im nördlichen Nachbarland umfasst etwa 15.000 Menschen. Finanzen, Kultur und politische Repräsentation der Nordschleswiger werden seit 1975 im zweimal jährlich tagenden Nordschleswig-Gremium erörtert. Hier treffen sich Landtags- und Bundestagsabgeordnete mit Mitgliedern des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN).

„Friesenstiftung“ ist auf dem Weg

Die öffentliche Förderung der friesischen Kulturarbeit soll ab dem 1. Januar 2020 in einer „Friesenstiftung“ gebündelt werden. Diese Planung stellten Landtag und Staatskanzlei Anfang Dezember bei einem Treffen des Friesengremiums in der Europauniversität Flensburg vor. Eine Stiftung bietet den friesischen Institutionen langfristige Planungssicherheit, hieß es. Vorgesehen ist ein Stiftungsrat, dem

auch ein Landtagsabgeordneter sowie der Parlamentspräsident als „ständiger Gast“ angehören sollen. Das Friesengremium des Landtages soll als Beirat der Stiftung fungieren. Im Friesengremium kommen seit 1988 regelmäßig Politiker aus Land und Bund mit Vertretern der friesischen Volksgruppe zusammen, den Vorsitz hat der Landtagspräsident.



„Daten und Fakten“ in drei Landessprachen

Die Landtagsbroschüre „Daten und Fakten“ gibt es jetzt auch auf Dänisch, Friesisch und Plattdeutsch. Das neue Heft fasst wesentliche Informationen über Aufgaben und Arbeitsweise des

Parlaments in den drei Minderheitensprachen zusammen. Es hat 28 Seiten und kann beim Referat für Öffentlichkeitsarbeit kostenlos bestellt werden: bestellungen@landtag.ltsh.de

Den Frieden fördern und die Erinnerung bewahren

Ältestenrat reiste nach Israel und Palästina

Mit vielfältigen Eindrücken und Anregungen ist der Ältestenrat Anfang Dezember von einer einwöchigen Reise nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete zurückgekehrt. Auf dem Programm standen zahlreiche Gespräche mit Vertretern aus Politik, Zivilgesellschaft, Bildung und Wissenschaft.

Ein dichtes Programm

Die Delegation aus Kiel traf sich mit der deutschen Botschafterin in Israel, Susanne Wasum-Rainer, und mit Vertretern der Deutsch-Israelischen Handelskammer. Das israelische Einwanderungsministerium stand ebenso auf der Agenda wie die Hebräische Universität Jerusalem und die Denkfabrik „Israel Democracy Institute“, die Untersuchungen zu Wählerwanderungen und Wahlbeteiligung betreibt.

In der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem legte Landtagspräsident Klaus Schlie einen Kranz nieder. Die Kieler Parlamentarier führten Gespräche mit der christlichen Minderheit und besuchten Ramallah, die Hauptstadt des palästinensischen Westjordanlands. Dort trafen die Abgeordneten mit Bildungsminister Sabri Saidam sowie mit Hanan Ashrawi zusammen, Mitglied des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Frau Ashrawi war in den 90er-Jahren Sprecherin der palästinensischen Delegation im Nahost-Friedensprozess.

Zudem besuchten die Gäste aus Schleswig-Holstein den Tempelberg, einen heiligen Ort für Juden, Christen und Muslime in der Altstadt Jerusalems. Auch die Knesset, das israelische Parlament, stand auf dem Programm. Die „Hand-in-Hand-Schule“ in Jerusalem bietet gemeinsamen Unterricht für jüdische und arabische Kinder, wie die Abgeordneten erfuhren. Und: Das Kibbuz „Givat Haviva“ stand auf dem Reiseprogramm. Dort ist ein Bildungsinstitut ansässig, das sich für die jüdisch-arabische Verständigung einsetzt (siehe auch Seite 28).

„Das, was hier in Israel und Palästina geschieht, wirkt sich direkt und unmittelbar auf unser Leben aus“, betonte Landtagspräsident Klaus Schlie nach der Rückkehr nach Kiel: „Wir machen als Landesparlament keine Außenpolitik, aber es ist wichtig, dass wir Kontakte knüpfen.“

Insbesondere auf der palästinensischen Seite hat Schlie „eine große Erwartungshaltung an die Europäische Union und an Deutschland“ festgestellt. Man setze auch auf die Zusammenarbeit mit deutschen Bundesländern, denn „man weiß dort, dass wir bestimmte Aufgaben haben, die der Bund nicht hat“, so Schlie. Insbesondere gebe es „die hohe Erwartung, dass wir auch weiterhin das Bildungssystem unterstützen“. Vor diesem Hintergrund habe er den palästinensischen Bildungsminister Sabri Saidam nach Schleswig-Holstein eingeladen.

Bildung und Begegnung sind die Schlüssel, um Frieden und Stabilität in diese

weltpolitisch bedeutsame Region zu bringen, hat Schlie festgestellt. Deswegen sei es wichtig, Institutionen zu unterstützen, die sich die Verständigung zum Ziel gesetzt haben, wie die „Hand-in-Hand-Schule“ oder die Bildungsstätte „Givat Haviva“.

„Situation momentan sehr verhärtet“

Die Hoffnung auf eine Aussöhnung im jahrhundertealten Nahost-Konflikt hat auch Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer: „Wir aus Schleswig-Holstein können unseren Beitrag leisten zu einer friedlichen Zwei-Staaten-Lösung in Israel und Palästina. Vielleicht können wir einen kleinen Mosaikstein beitragen.“ Allerdings sei der Blick auf die aktuelle Lage ernüchternd, so Krämer: „Den Frieden müssen Menschen schaffen, und zurzeit scheinen die Menschen dazu nicht gewillt zu sein. Leider ist die Situation momentan sehr verhärtet.“ Landtagsvizepräsident Rasmus Andresen



Die schleswig-holsteinische Delegation in Jerusalem (v. l.): Eka von Kalben (Grüne), Tobias Koch (CDU), Landtagspräsident Klaus Schlie, Lars Harms (SSW), Jörg Nobis (AfD), Vizepräsidentin Annabell Krämer, Christopher Vogt (FDP), Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber, Vizepräsident Rasmus Andresen, Martin Habersaat (SPD)



In der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vasham trug sich Landtagspräsident Klaus Schlie ins Gästebuch ein:

„Yad Vashem ist der Ort der Erinnerung an das von Deutschen begangene Zivilisationsverbrechen am jüdischen Volk. Die Mahnung, die von diesem Ort ausgeht, gilt für die gesamte Menschheit. Die Würde des Menschen darf nie angetastet werden. Wer die Verbrechen der Vergangenheit verdrängt oder zu relativieren versucht oder zulässt, dass unsere Mitmenschen erneut rassistischer oder antisemitischer Hetze oder Verfolgung ausgesetzt werden, der schändet die Opfer der Shoa erneut. Dem mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten ist den Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages eine Verpflichtung. Wir sind uns unserer historischen Verantwortung zutiefst bewusst. Wir stehen an diesem Ort beschämt und in tiefer Trauer um die Ermordeten. Wir nehmen aber auch voller Freude wahr, dass gerade auch in Schleswig-Holstein sich jüdisches Leben neu manifestiert. Wir sind Israel zutiefst dankbar, dass es uns neues Vertrauen schenkte. Wir stehen an der Seite Israels.“

*Klaus Schlie
Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages“*

zeigte sich beeindruckt von der Vielfalt des Landes, „vom aufstrebenden Tel Aviv, vom vielfältigen Jerusalem, von den palästinensischen Gebieten“. Ganz unterschiedlich hätten sich auch die Gesprächspartner geäußert: „In vielen offiziellen wie inoffiziellen Gesprächen wurde uns die komplexe politische Lage der Region deutlich - von Antwortlosigkeit bis Hoffnung.“ Besonders „unmittelbar“ sei der spontane Besuch im Beduinendorf Chan Al-Ahmar im Westjordanland, östlich von Jerusalem, gewesen, berichtet Andresen. Die israelische Regierung droht damit, die Siedlung abzureißen. Bundesregierung und EU haben dagegen protestiert.

Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber zieht Erkenntnisse für das gesellschaftliche Leben in Schleswig-Holstein, etwa mit Blick auf den Vertrag, den das Land im Herbst mit den jüdischen Gemeinden abgeschlossen hat (siehe S. 14): „Wir haben jetzt eine bessere Vorstellung von der Vielfalt des jüdischen Lebens in seinen verschiedenen Ausprägungen. So können wir mit den unterschiedlichen Verbänden besser interagieren.“

In Ramallah sprach der Ältestenrat mit dem palästinensischen Bildungs- und Hochschulminister Sabri Saidam (2. v. li.).

„Wir müssen über den Tellerrand schauen“

Für die gesamte Delegation sei der Besuch in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vasham beeindruckend und aufwühlend gewesen. Das betonen alle Teilnehmer. Eickhoff-Weber mahnt, „dass das Wissen um den Holocaust, der von deutschem Boden ausgegangen ist, nicht verloren gehen darf“. Wenn Umfragen ergäben, dass 40 Prozent der Jugendlichen mit dem Wort ‚Holocaust‘ nichts anzufangen könnten, dann sei das ein Warnsignal: „Werte wie Toleranz, Solidarität und Nächstenliebe prägen die Gesellschaft, und das müssen wir deutlicher nach vorne stellen.“

Ursprünglich war die Reise bereits vor drei Jahren geplant, wurde aber aus Sicherheitsgründen wegen Unruhen in Jerusalem und im Westjordanland abgesagt. Dass sie im Jahr 2018, 70 Jahre nach Israels Staatsgründung, nachgeholt wurde, ist für Landtagspräsident Schlie „ein Zeichen der Solidarität mit Israel und ein Ausdruck unserer historischen Verantwortung.“ Grundsätzlich zeige die Reise, dass auch Landespolitiker in globalen Zusammenhängen agieren müssten: „Es wäre zu eng gedacht, nur in Kiel an der Förde zu sitzen. Wir müssen den Blick über den Tellerrand hinaus in die Welt schweifen lassen. Wir leben in einer globalisierten Welt, und die Dinge sind miteinander verflochten.“



Rasmus Andresen, Grünen-Abgeordneter aus Flensburg, steht auf Platz 16 der Bundesliste seiner Partei für die Europawahl im kommenden Mai. Die Bundesdelegiertenkonferenz in Leipzig wählte ihn Mitte November auf diesen Platz, der Andresen die Aussicht bietet, als einer von 96 deutschen Abgeordneten ins EU-Parlament einzuziehen. Der 32-Jährige gehört dem Landtag seit 2009 an und ist Vizepräsident des Parlaments.

Daniel Günther, schleswig-holsteinischer Ministerpräsident, ist seit 1. November Präsident des Bundesrates. Der CDU-Politiker übernahm das Amt turnusgemäß für ein Jahr. Er ist damit auch Vertreter des Bundespräsidenten. Günther ist seit 2009 Landtagsabgeordneter und seit 2016 Landesvorsitzender der Nord-CDU. In diesem Amt hat ihn ein Parteitag in Neumünster Mitte November für weitere zwei Jahre bestätigt. Er erhielt 88,9 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Tobias Koch, CDU-Fraktionschef aus Ahrensburg, und **Tobias Loose**, CDU-Abgeordneter aus Kiel, wurden auf dem Parteitag der Christdemokraten Mitte November in Neumünster als stellvertretende Landesvorsitzende bestätigt. Auch die ehemalige Landtags- und jetzige Bundestagsabgeordnete **Astrid Damerow** bleibt Landes-Vize. Neu im Parteivorstand ist Bildungsministerin **Karin Prien**, die Justizministerin Sabine Sütterlin-Waack ablöst. Diese trat nicht wieder zur Wahl an. Schatzmeister der Nord-CDU bleibt der Parlamentarische Geschäftsführer im Landtag **Hans-Jörn Arp**.



Rolf Fischer, SPD-Abgeordneter von 2000 bis 2012 und anschließend bis 2017 Wissenschaftsstaatssekretär, ist Anfang

Dezember in Berlin von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Anlass war Fischers Engagement um die Kieler Stadtgeschichte, insbesondere seine Beiträge zum Matrosenaufstand vom November 1918.



Rebecca Hollmann hat Mitte September ihr zweijähriges Volontariat im Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement des Landtages begonnen, zu dem auch die Landtagszeitschrift gehört. Die gebürtige Münchnerin hat Staatswissenschaften in Passau und Internationale Beziehungen und Diplomatie in Budapest studiert. Sie war im Rahmen von Praktika beim Bayerischen Rundfunk, bei regionalen Radiosendern und bei Zeitungen tätig, und sie hat für eine PR-Agentur in Frankfurt am Main sowie in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin gearbeitet.

Andreas Otto, Landeshaus-Reporter von Radio Schleswig-Holstein (R.SH) bleibt für ein weiteres Jahr Sprecher der Landespressekonferenz. Die Mitgliederversammlung bestätigte ihn Anfang November in seinem Amt. Als stellvertretende Vorsitzende wählten die Journalisten erneut Ulf B. Christen („Kieler Nachrichten“), Julia Stein und Sylvia Aust vom NDR-Fernsehen sowie André Klohn (Deutsche Presse-Agentur dpa). Neu im Vorstand ist Niels Döring (Sat.1). Er folgt auf Wolfgang Schmidt (dpa), der nach mehr als 20 Jahren nicht mehr für den Vorstand kandidierte. Schatzmeister bleibt Dieter Schulz vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (sh:z). Die Landespressekonferenz vereint die Journalisten, die regelmäßig über die Landespolitik im Norden berichten.



Katharina Erdmann ist Schleswig-Holsteins erste Tierschutzbeauftragte. Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) hat die Vorsitzende des Landestierschutzverbands Anfang Dezember in dieses Ehrenamt berufen. Die Landesbeauftragte fungiert als Ansprechpartnerin für Bürger und berät den Minister. Erdmann ist studierte Grafikerin und leitet mit ihrem Ehemann das Wildtier- und Artenschutzzentrum in Klein Offenseth-Sparrieshoop (Kreis Pinneberg).



Angelika Volquartz, Landtagsabgeordnete von 1992 bis 1998, anschließend bis 2003 im Bundestag und danach bis 2009 Kieler Oberbürgermeisterin, ist Mitte Dezember mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Ministerpräsident Daniel Günther überreichte den Orden in Kiel in Vertretung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Die CDU-Politikerin „engagiert sich für zahlreiche soziale Projekte für Kinder und Frauen“, heißt es zur Begründung. So hat sie die Kampagne „Mach Mittag“ initiiert, die Kindern eine warme Mahlzeit bietet. Außerdem unterstützt Volquartz die Stiftung Kinderherz und engagiert sich im Kuratorium Frauennotruf Kiel.

Runde Geburtstage

Arnold Wilken, von 1992 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 6. Dezember seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird.
Hier stehen Texte in Leichter Sprache.

Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und dem Verstehen. Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

Hinweise für die Wahl in Leichter Sprache

Bei der Landtags-Wahl im Jahr 2017 war die Wahl-Benachrichtigung in Leichter Sprache geschrieben. Darüber haben sich viele Menschen geärgert. Sie fanden: Das ist kein gutes Deutsch.

Deswegen gab es bei der Kommunal-Wahl im Jahr 2018 keine Wahl-Benachrichtigung in Leichter Sprache mehr. Aber es gab Texte im Internet in Leichter Sprache. Und Hefte mit Erklärungen. Dort stand wie die Wahl abläuft.

Die Texte und die Hefte haben viele Menschen erreicht. Und sie waren gut zu verstehen. Das sagen Vertreter von Menschen mit Behinderung. Und Gehör-lose Menschen sagen: Die Filme mit Gebärden-Sprache haben uns geholfen.

Hans-Joachim Grote ist Innen-Minister von Schleswig-Holstein. Er sagt: Das neue Angebot hat vielen Menschen erreicht. Deswegen will er es bei der Europa-Wahl im Mai 2019 genauso machen. Und bei der nächsten Landtags-Wahl auch. Die ist im Jahr 2022.

Birte Pauls von der SPD findet es nicht gut dass es keine Wahl-Benachrichtigung in Leichter Sprache mehr gibt. Sie fordert mehr Leichte und einfache Sprache. Zum Beispiel wenn ein Amt einen Brief schreibt. Hier sind die Sätze oft zu lang. Und viele Wörter sind schwierig zu verstehen. Dabei müssen alle Menschen den Brief verstehen. Junge und Alte, Menschen mit Behinderung und Menschen die nicht so gut Deutsch können.

Minister Grote sagt: Das stimmt. Aber man kann nicht alle Texte in Leichter Sprache schreiben. Denn die Texte müssen oft ganz genau sein. Sonst gibt es Miss-Verständnisse.



Das Wahl-Heft in Leichter Sprache



Der Film mit der Gebärden-Sprache steht auf der Internet-Seite vom Landes-Wahl-Leiter. Die findet man im Internet auf der Seite www.schleswig-holstein.de



Birte Pauls von der SPD



Innen-Minister Hans-Joachim Grote von der CDU

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. 1977 reagierte die Politik auf die neue Umweltbewegung und richtete die Stiftung Naturschutz ein.

1977

Eine Bahnschranke, einige Pharisäer und die Stiftung Naturschutz

An einer heruntergekurbelten Bahnschranke, irgendwo an der schleswig-holsteinischen Westküste und irgendwann im Jahr 1977, ging es los. Der damalige Landwirtschaftsminister Günter Flessner (CDU) war mit seinen Mitarbeitern auf dem Rückweg von einem Termin am Wattenmeer und musste am Schlagbaum warten. Man könne ebenso gut im nahegelegenen Gasthof einen Pharisäer trinken, befand der Minister. Bei Kaffee mit Rum und Sahne landete dort ein neuartiges Vorhaben auf dem Tisch. „Da saßen wir also“, erinnert sich Flessners persönlicher Referent Peter-Uwe Conrad: „Und zusammen mit einem anderen Abteilungsleiter packte ich die Gelegenheit beim Schopfe und trug dem Minister unser Anliegen vor.“

Die Landwirtschaft, so die beiden Ministerialbeamten, bekomme jedes Jahr Millionen D-Mark an Zuschüssen, die Wasserwirtschaft auch. Nur der Naturschutz gehe leer aus. Das müsse sich ändern.

Der Minister, so berichtet Conrad, habe sich bereits am folgenden Tag ans Telefon gesetzt, um den Plan aus dem Gasthaus in die Tat umzusetzen. Konkret entstand die Idee, über mehrere Jahre verteilt insgesamt fünf Millionen Mark aus den Lotto- und Toto-Überschüssen in eine Stiftung zu stecken. Weiteres Geld sollte durch Spenden dazukommen. Die Stiftung legt das Geld an, und aus den Erträgen werden ökologisch wertvolle Flächen aufgekauft. Ehemals landwirtschaftlich genutzte Böden werden so zu Rückzugsräumen für Seeschwalbe, Blauehlchen oder Lungenenzian.

Der Plan: Nicht nur bewahren, sondern zurückverwandeln. Minister Flessner warb am 20. September 1977 im Landtag für sein Anliegen. Man wolle mit der Stiftung „aus einem allgemeinen passiven Schutzdenken in die Phase des aktiven Handelns“ übergehen. Bei den damals 81 Naturschutzgebieten stehe die reine Bewahrung der Natur im Zentrum. Nun wage man einen neuen Ansatz: Insbesondere „Feuchtgebiete, Weiler, kleine Moore und nasse Wiesen“ sollten in Lebensräume für bedrohte Tiere und Pflanzen zurückverwandelt werden. Im Parlament stieß das Vorhaben auf ein positives Echo. Das Thema Umweltschutz rückte in den 70er Jahren zunehmend in den Mittelpunkt der politischen Debatte. In Bonn hatte die sozialliberale Koalition zum Jahresbeginn 1977 das erste Bundesnaturschutzgesetz

beschlossen. Die Stiftungsinitiative sei „von allerhöchster Aktualität“, merkte der CDU-Abgeordnete Fritz Latendorf an: „Gerade jüngste publizistische Darlegungen haben das noch einmal unterstrichen.“ In den Bestsellerlisten standen zu jener Zeit Bücher wie „Ein Planet wird geplündert“ von dem damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl oder der Aufsatzband „Rettet die Vögel - wir brauchen sie“ auf den vorderen Plätzen. Hans Wiesen (SPD) blickte auf die zahlreichen Bürgerinitiativen, die für einen behutsamen Umgang mit der Natur eintraten. Die Öko-Bewegung sei „eine erfreuliche und neu gegebene Chance“, so Wiesen. Jens Ruge (FDP) war ebenfalls mit im Boot, warnte aber davor, „wahllos“ frei werdende Flächen anzuschaffen: „Wir dürfen nicht mal hier und mal dort etwas aufkaufen, wo es sich gerade anbietet.“

Im Dezember 1977 rief der Landtag schließlich einstimmig die „Stiftung Naturschutz“ offiziell ins Leben. Schleswig-Holstein wurde das erste Bundesland mit einer solchen Einrichtung. Am 1. August 1978 wurden die ursprünglich zwei Mitarbeiter erstmals aktiv und erwarben 1,4 Hektar im Delver Koog an der Eider im Norden Dithmarschens. Inzwischen ist das Stiftungsland bei Delve auf 223 Hektar angewachsen, und der Stiftung Naturschutz gehören insgesamt 300 Projekte zwischen Elbe und Flensburger Förde mit 35.000 Hektar Land. Die Zahl der Mitarbeiter ist auf 70 angewachsen, und die Stiftung ist der zweitgrößte Landeigentümer in Schleswig-Holstein, nach den Landesforsten. Ein stattliches Ergebnis für eine Idee, die mit ein paar Bechern Pharisäer im Gasthof begann.



Drei Väter der Stiftung Naturschutz (v. li.): Hans Wiesen (SPD), Landwirtschaftsminister Günter Flessner und Fritz Latendorf (beide CDU)



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können.

Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111.

Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Günter Neugebauer: Gegen das Vergessen. Opfer und Täter in Rendsburgs NS-Zeit. Osterrönfeld: Rendsburger Druck und Verlagshaus 2018. 392 S.

Der ehemalige Senator der Stadt Rendsburg und langjährige Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer befasst sich in seinem neuen Buch mit der Zeit des Nationalsozialismus in Rendsburg. Er widerlegt mit bisher unveröffentlichten Dokumenten die bislang vorherrschende Deutung, der Nationalsozialismus in der Region Rendsburg sei harmlos gewesen. Mit Berichten von regionalen Aktionen und deren Auswirkungen gibt der Verfasser den Tätern Namen und Gesicht. Auch das gesellschaftliche Ansehen, das viele dieser Personen nach 1945 aufgrund des Vergessens und Verdrängens der NS-Zeit erwerben konnten, wird dokumentiert.



Peter H. Wilson: Der Dreißigjährige Krieg. Eine europäische Tragödie. Darmstadt: Theiss Verlag 2017. 1143 S.

Der Dreißigjährige Krieg (1618 bis 1648), dessen Ausbruch sich zum 400. Mal jährt, kostete schätzungsweise vier Millionen Menschenleben und veränderte die politische und religiöse Landkarte Europas. Mehr als 30 große Schlachten, vor allem aber Terror, Hunger und Seuchen entvölkerten ganze Regionen. Angesichts der immensen Verluste waren die erschöpften Kriegsparteien schließlich bereit, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Das Resultat war der Westfälische Frieden 1648. Der Oxforder Militärgeschichtler Peter H. Wilson fasst in diesem Standardwerk Ursachen, Abläufe und Wirkungen des komplexen Geschehens anschaulich, fesselnd und auf dem aktuellen Forschungsstand zusammen.



Die Krise der Organspende. Anspruch, Analyse und Kritik aktueller Aufklärungsmaßnahmen im Kontext der postmortalen Organspende in Deutschland. Hrsg. von Andrea M. Esser u.a. Berlin: Duncker & Humblot 2018. 223 S.

Seit November 2012 gilt in Deutschland die sogenannte „Entscheidungslösung“. Durch intensive Aufklärung sollen die Bürger zu einer Auseinandersetzung mit dem Thema Organspende angeregt werden und zu einer schriftlichen Dokumentation ihrer Entscheidung angehalten werden. Ziel ist, die Zahl der Organspenden zu erhöhen, da es in Deutschland deutlich weniger Spenderorgane gibt als Schwerkranke, die auf eine Spende angewiesen sind. Die vorliegenden Beiträge analysieren die gegenwärtige Situation aus einer interdisziplinären Perspektive und unterziehen die aktuellen gesetzgeberischen und politischen Maßnahmen sowie die Aufklärungsmaterialien einer kritischen Prüfung.

Gute Noten für den Petitionsausschuss

Der Petitionsausschuss des Landtages belegt im bundesweiten Vergleich einen vorderen Platz. Die Berliner Onlineplattform „openPetition“ hat die parlamentarischen „Kummerkästen“ des Bundestages und der Länder nach den Kategorien „Digitalisierung“, „Bürgernähe“ und „Transparenz“ bewertet. Der Norden landet dabei auf Rang 7 unter den 17 Ausschüssen. „Besonders in Sachen Transparenz kann Schleswig-Holstein glänzen“, heißt es in dem Abschlussbericht: Nur hier gebe es pro Quartal einen Tätigkeitsbericht. Zudem wurde hervorgehoben, dass der Kieler Ausschuss grundsätzlich eine öffentliche Anhörung veranstaltet, wenn eine Sammeleingabe mehr als 2.000 Unterstützer hat. Den ersten Platz belegte Bremen vor Thüringen und dem Bundestag. Schlusslicht wurde Hamburg.

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Susanne Keller (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1118, susanne.keller@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Sünje Muxfeldt, Rebecca Hollmann, Detlef Ziep, Vivien Albers, Yvonne Windel, Mareike Watolla, Holger Stöhrmann, Archiv des Landtages, dpa-Bildfunk, Karl-Heinz Laube/pixelio.de, Stadtarchiv Kiel (StadtAKiel_71401), Innenministerium SH, Verlag Duncker & Humblot, Theiss-Verlag, Anette Röttger, RD Druck, Jorma Bork/pixelio.de

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;

Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH, Billstraße 103 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163, Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14. Dezember 2018

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Abgeordnete persönlich



Lasse Petersdotter, Grüne,
geboren am 8. Mai 1990 in
Preetz, ledig,
Politik- und Islamwissen-
schaftler, Bachelor of Arts

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Es gibt viele Gründe, warum ich mich politisch engagiere. Ein konkretes Erlebnis ist, dass ich bereits viele Jobs gemacht hatte, die weit unter Mindestlohn bezahlt wurden. Nachdem ich also für 5,50 Euro als Security oder 6,20 Euro in der Stunde als Kassierer gearbeitet habe, wollte ich mich für eine faire Bezahlung engagieren.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Als Kind wollte ich Naturschutzpolizist werden. Den gab es in der Fernsehserie ‚Forsthaus Falkenau‘. Für den Naturschutz kann ich mich heute tatsächlich engagieren, Polizist werde ich aber wohl nicht mehr.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Ich war lange Zeit ein durchschnittlicher bis sehr schlechter Schüler, da gab es keine Lieblingsfächer. Als ich schließlich besser wurde, interessierten mich besonders Physik, Deutsch und Volkswirtschaftslehre.“

Was war Ihr allererster Job?

„Mein allererster Job war Zeitungsausträger beim ‚Kieler Express‘. Das habe ich über viele Jahre, meistens neben anderen Jobs in der Schulzeit, gemacht.“

Was macht Sie wütend?

„Auch wenn es nach abgedroschenen Sonntagsreden klingt: Ungerechtigkeit. Und davon gibt es viel, auch im Schleswig-Holstein des 21. Jahrhunderts.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Schleswig-Holstein ist im westdeutschen Vergleich ein absolutes Niedriglohnland. Das ist kein Naturgesetz, hier müssen Politik und Wirtschaft gemeinsam zu gerechteren Lösungen kommen.“



Anette Röttger, CDU,
geboren am 13. März 1964 in
Kellinghusen, evangelisch,
verheiratet, drei Söhne,
Diplom-Ökotrophologin,
Assessorin der Landwirtschaft

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„2007 erhielt ich eine Auszeichnung auf Bundesebene für mein Engagement in der Landfrauenarbeit. Daraufhin kamen Kommunalpolitiker zu mir und baten mich um Unterstützung für die Schulpolitik. Ich ging darauf ein, trat in die CDU ein, weil ich diese Partei schon immer gewählt hatte und Angela Merkel sehr schätzte. Wenige Monate später war ich Mitglied der Lübecker Bürgerschaft.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Ich wollte immer gern Lehrerin werden aber trotzdem ein Leben auf einem Bauernhof behalten.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Mathe, Biologie und Sport. Ich beobachte jetzt, dass das Kopfrechnen manchmal vernachlässigt wird und wünsche mir mehr Begeisterung für Mathe in unserem Land. Daher rate ich allen Grundschulern: Lernt das Einmaleins!“

Was war Ihr allererster Job?

„Während der Schulzeit habe ich in unserer örtlichen Gaststätte regelmäßig die Gäste bedient und habe auch heute ein offenes und gastfreundliches Haus.“

Was macht Sie wütend?

„Ich bin von einer christlichen Werthaltung getragen, denke mich gern in die Sichtweisen anderer hinein und schätze Kompromisse. Wut entsteht in mir, wenn ich Unaufrichtigkeit und Unzuverlässigkeit erlebe oder wenn eine Podiumsdiskussion nur aus Männern besteht.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Mein Mann, unsere drei Söhne und ich sind dankbare Menschen. Wir leben, arbeiten und wirtschaften als fünfte und sechste Generation am südlichen Stadtrand von Lübeck auf einem Bauernhof und schätzen unser Lebensumfeld sehr. Ich fühle mich als echte Schleswig-Holsteinerin und wünsche mir und unseren Kindern, dass der Wohlstand und ein friedliches Miteinander in unserem Land erhalten bleiben. Dafür brauchen wir ganz viele engagierte Bürgerinnen und Bürger, eine gegenseitige Wertschätzung, eine gute Bildung und eine gut funktionierende Wirtschaft.“



Yonca Sunel ist seit Februar 2018 Generalkonsulin der Türkei in Hamburg. Anfang November kam sie zum Antrittsbesuch in den Landtag und trug sich ins Gästebuch ein. Die 49-jährige ist die erste Frau, die das seit 1925 bestehende Konsulat an der Alster leitet.

Kapitän zur See Tobias Abry (li.), neuer Leiter der Marineschule Flensburg-Mürwik, wurde Anfang November von Landtagspräsident Klaus Schlie begrüßt. Der 50-jährige Marineoffizier war zuvor an mehreren Auslandsmissionen beteiligt. Beim Einsatz gegen Piraten am Horn von Afrika war er Chef des Stabes.



Mitte Oktober präsentierte die Band „Radio Retro“ Musik aus dem Jahr 1915. Der Abend unter dem Motto „The Sound of War“ war Teil der Ausstellungsserie zum 100. Jubiläum des Weltkriegsendes 1918 (siehe auch Seite 15).

Zu Besuch im Landeshaus

Das „Portrait Of A Summer Girl“ des amerikanischen Malers Joseph H. Boston ist noch bis zum 6. Januar im Landeshaus zu sehen. Es gehört zu der Bildersammlung, die der Mäzen Ludwig Nissen dem Nordfriesland-Museum in seiner Heimatstadt Husum geschenkt hat. Rund zwei Dutzend dieser Werke machen nun in Kiel Station.



Der Plenarsaal wurde Anfang Oktober zur Showbühne: 16 Darsteller der Musical-Academy Schleswig-Holstein (MASH!) präsentierten „die Vertrauensfrage“. Das Stück ist in einem Workshop des Nordkollegs Rendsburg entstanden. 130 Besucher waren begeistert.

Nr. 04/2018 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zu-
treffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen
und korrigiert **zurücksenden an:**
Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit und
Veranstaltungsmanagement, L1410,
Postfach 7121, 24171 Kiel

Termine, Termine, Termine ...

„Givat Haviva“: Ausstellung zur jüdisch-arabischen Verständigung

Eine Ausstellung im Landeshaus widmet sich im Januar und Februar der israelischen Bildungs- und Begegnungsstätte „Givat Haviva“.

Die Einrichtung bemüht sich um die Verständigung von Arabern und Juden. Der Ältestenrat des Landtages hat „Givat Haviva“ bei seiner Israelreise im November besucht. Mehr zur Reise des Ältestenrates steht auf den Seiten 20 und 21.

In der Wanderausstellung sind 27 Stelen zu sehen. Es werden zunächst die gegensätzlichen Perspektiven von Juden und Arabern zu verschiedenen Themen dargestellt, um anschließend die Gemeinsamkeiten der beiden Seiten herauszustrichen. Der Landtag zeigt die Ausstellung in Kooperation mit dem

deutschen Freundeskreis von „Givat Haviva“, der in Wiesbaden beheimatet ist. Sie ist vom 14. Januar bis zum 24. Februar täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.

In einer Eröffnungsveranstaltung am Dienstag, den 15. Januar, um 19:00 Uhr, wird unter anderem über die Reise des Ältestenrates berichtet. Interessenten werden gebeten, sich unter anmeldung@landtag.ltsh.de anzumelden.



Der Ältestenrat zu Besuch bei „Givat Haviva“

Der Landtag lädt zum Offenen Besucherabend

An 14 Montagen stehen der Plenarsaal sowie weitere zentrale Bereiche des historischen Gebäudes offen. Vier Führungen sind auf Plattdeutsch und werden vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund angeboten. Das Programm dauert gut eine Stunde und beginnt um 18:00 Uhr im Eingangsbereich. Voranmeldungen sind nicht erforderlich.

Nur ihren Personalausweis sollten Gäste dabei haben.

Die Termine: 28. Januar, 25. Februar, 4. März (op Platt), 25. März, 29. April, 27. Mai, 3. Juni (op Platt), 24. Juni, 26. August, 2. September (op Platt), 30. September, 28. Oktober, 25. November, 2. Dezember (op Platt).

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im neuen Jahr wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

Donnerstag, 10. Januar:	Lübeck
Dienstag, 15. Januar:	Heide
Donnerstag, 7. Februar:	Lübeck
Dienstag, 19. Februar:	Heide
Dienstag, 26. Februar:	Itzehoe
Donnerstag, 7. März:	Lübeck
Dienstag, 19. März:	Heide
Dienstag, 26. März:	Schwarzenbek

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr.

Termine in **Heide** im Rathaus, Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Termin in **Itzehoe** bei der „Brücke“, Wilhelm-Biel-Straße 5, 10:00 bis 15:00 Uhr.

Termin in **Schwarzenbek** im Rathaus, Ritter-Wulf-Platz 1, von 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in Kiel, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr.

Kunst vom „Rand der Gesellschaft“

„Outsiderkunst“ aus Schleswig gibt es im Februar und März im Landtag zu sehen.

Fünf Künstler mit psychischen Beeinträchtigungen zeigen ihre Gemälde und Zeichnungen. Die Werke stammen aus dem „Museum für Outsiderkunst“, einer Dependence des Schleswiger Stadtmuseums. Die „Outsiderkunst“ von Menschen „am Rande der Gesellschaft“ gilt als eigenes Genre in der Kunstwelt, wie die Museumsmacher betonen. Die Ausstellung ist Teil der Reihe „Kulturland Schleswig-Holstein“, die der Landtag gemeinsam mit der Investitionsbank veranstaltet. Sie ist vom 25. Februar bis zum 21. März täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Zur Eröffnungsveranstaltung lädt der Landtag am Dienstag, den 26. Februar, um 19:00 Uhr. Interessenten werden gebeten, sich unter anmeldung@landtag.ltsh.de anzumelden.